Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

3. Jahrgang, Nr. 27 April 2000

RotFuchs

Zeitung der Gruppe Berlin-Nordost der Deutschen Kommunistischen Partei

Wie wir vor 55 Jahren die Befreiung erlebten

Nichts war umsonst

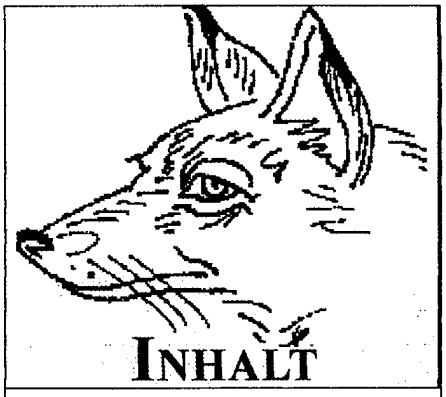
Die ersten Tage im Mai 1945 gehören zu den schicksalsschwersten meines Lebens.
Drei Jahre mußte ich bereits in Einzelhaft im Zuchthaus Ludwigsburg für die Rüstungsfirma Bosch Zwangsarbeit leisten. Verurteilt wegen Hoch- und Landesverrats als Interbrigadist in Spanien, erlebte ich nun eine aufs äußerste gespannte Atmosphäre. Nach den kriegsentscheidenden Niederlagen der Hitlerwehrmacht standen sowjetische Truppen vor Berlin. Mit der großen Hoffnung auf baldige Befreiung wuchs von Tag zu Tag die Gefahr unserer Ermordung in letzter Stunde, für die bereits Anstalten getroffen wurden.
Doch dann kam der von allen unter Krieg und Faschismus Leidenden so lange ersehnte und doch kaum faßbare Augenblick der Befreiung! Für mich war es zugleich der Beginn eines menschenwürdigen Lebens.
Selbst uns, die wir als antifaschistische Widerstandskämpfer so hautnah die Schrecken, Qualen und Opfer erlebt hatten, wurde erst nach der Vernichtung des Nazisystems der ganze Umfang der Verbrechen, des fabrikmäßigen Mordens, der zur Normalität gewordenen Barbarei bekannt. Die Millionenzahlen der Umgebrachten übersteigen bei weitem das menschliche Vorstellungsvermögen. Als ich später gemeinsam mit polnischen Freunden die gesprengten Gaskammern und Krematorien von Ausschwitz sah, wo meine besten Kampfgefährten ihre letzten Stunden erlebten - mit Tolja aus Nowosibirsk, einem kriegsgefangenen jungen Offizier der Roten Armee, der noch kurz vor seiner Befreiung von der SS ermordet wurde, hatte ich mich im „Himmelfahrtskommando Stuttgart" befreundet -, da begann ich mit den bekanntgewordenen Zahlen ebensoviele Einzelschicksale zu verknüpfen.
Was erfahren heute die Schüler im Unterricht darüber, daß die Lebenszeit eines Menschen nicht ausreichen würde, um die Namen aller zu verlesen, die Opfer von Hitlerkrieg und Faschismus wurden? Darüber, was der „Plan Ost", der genaue Quoten zur sukzessiven Vernichtung der Slawen vorsah, für die Angehörigen anderer Völker bedeutet hätte?
Der 8. Mai 1945 war nicht nur der Tag der Befreiung. Er war auch der Tag der millionenfachen Rettung menschlichen Lebens.
55 Jahre danach ist die Existenz der Erdbevölkerung abermals bedroht. Hunger, Elend und Seuchen grassieren. Neue mörderische Kriege finden statt oder werden vorbereitet und angezettelt. Der Imperialismus, der auch den Faschismus hervorbringt, zielt heute auf den ganzen Globus. Offen spricht man von einer „neuen Weltordnung". Und die Deutschen mischen dabei wieder in der ersten Reihe mit.
Dennoch: Der 8. Mai 1945 war nicht umsonst. Das Rad der Geschichte läßt sich zwar eine Weile aufhalten, aber nicht auf Dauer zurückdrehen.

Prof. Dr. Dr. Fred Müller

Der erste Sowjetpanzer

Hannover, Dezember 1944. Mehr als 100 schwere Bombenangriffe hatten wir im Luftschutzbunker über uns ergehen lassen müssen. Da entschloß ich mich, meine Frau und den vierjährigen Sohn zu den Schwiegereltern zu schicken, die in Schwießel bei Laage in Mecklenburg als Landarbeiter lebten. Meiner Frau versprach ich, ihr in kurzer Zeit zu folgen. Wenig später wurde unser Wohnhaus durch eine Bombe vollständig zerstört. Ich nahm Unterkunft bei meiner Mutter.
März 1945. Ich beschloß, jetzt auch selbst zu den Schwiegereltern zu fahren. Zwar stand ich nach Zuchthaus und Konzentrationslager unter Polizeiaufsicht, mußte mich regelmäßig bei der Gestapo melden, doch angesichts der immer chaotischer werdenden Verhältnisse schien es mir kein großes Risiko zu sein, die Auflage zu ignorieren und einfach abzuhauen. In Schwießel arbeitete ich wie die meisten Dorfbewohner auf dem Gut des SS-Generals und Polizeipräsidenten von Hamburg, Graf v. Bassewitz-Behr.
April 1945. Wir besaßen noch einige Lebensmittelmarken, die eingelöst werden mußten, weil sie sonst verfallen wären. So machte ich mich mit dem Fahrrad auf den Weg nach Laage. Besorgt sah ich an der Kreuzung zur Landstraße einen Trupp Waffen-SS. Seine Anwesenheit barg die Gefahr, daß unser Dorf ins Kriegsgeschehen hineingezogen werden konnte. Wollten die SS-Banditen aus Fanatismus oder blindem Gehorsam etwa „bis zum letzten Mann" kämpfen?
Nachdem ich die Dinge in Laage erledigt hatte,

Fortsetzung auf Seite 2



Zum 55. Jahrestag der Befreiung S. 1
...Saigon ist frei S. 2
Vor der Spende - nach der Spende S. 3
Vor dem 15. Parteitag der DKP S. 4
* Diskussion mit Heinz Stehr
Ziegenhals bleibt Zukunftssymbol S. 5
Nicht nur der Wind von Worten S. 6
Der Tip des Bankers Norbert Walter S. 7
Wiedererfindung des Fahrrads? S. 8
Unerwünschte Wahrheiten S. 8
Greift zur Feder, Genossen! S. 9
Auch eine Leitfigur? S. 10
DDR-Trainer führten Athleten zum Sieg S. 10
Nur unsere Niederlage? S. 11
Über kleinbürgerliche Schimmelpilze S. 12
Familie Putin über ihre DDR-Jahre S. 13
Gedenken im April S. 13
Am Beginn steht das Programm S. 14
Gründe einer Schlappe S. 15
Korrespondenz aus Valencia S. 15
Neue Führung der KP der USA S. 16
Antwort auf eine Ausladung S. 16
Maurice Thorez - „ein Sohn des Volkes" S. 17
Der Fall Kononow S. 17
Lenins Sozialismusvorstellungen S. 18
Appisets aus Karl-Marx-Stadt S. 19
Am Rande bemerkt S. 20
Leserbriefe S. 20
Anzeigen & Termine S. 24

Fortsetzung von Seite 1

begab ich mich auf den Heimweg. Die sowjetischen Truppen konnten nicht mehr weit sein. Auf halber Strecke ins Dorf hörte ich ein Pfeifen. Schüsse fielen. Ich dachte mir zuerst nicht viel dabei, hatte ja nie eine Waffe in der Hand gehabt, war „wehrunwürdig" und deshalb auch nicht zum „Volkssturm" herangezogen worden. Doch da brauste ein schweres Geschoß dicht an der Landstraße vorbei. Nun wurde mir mulmig. Ich verharrte eine Weile, stieg wieder aufs Rad, ein weißes Taschentuch in der hocherhobenen Hand, denn die sowjetischen Truppen mußten jetzt schon ganz nahe sein ... und dann rollte mir plötzlich ein Panzer der Roten Armee entgegen. Ich war wie vom Donner gerührt! Tränen liefen mir über das Gesicht, ich schwenkte das Taschentuch, reckte den unaufhörlich an mir vorbeiziehenden Soldaten meine Faust als Rot-Front-Gruß entgegen, (daß das auch anders gedeutet werden konnte, kam mir nicht in den Sinn), schrie meine überwältigende Freude aus vollem Herzen hinaus. Endlich war die faschistische Herrschaft, gegen die ich in den Reihen der illegalen KPD von Anfang an gekämpft hatte, zu Ende!

Der Trupp Waffen-SS an der Wegkreuzung war unterdessen verschwunden. Die Kerle hatten wohl beschlossen, ihre Haut zu retten, auf den „Heldentod" zu verzichten.

Als ich im Dorf ankam, trafen die meisten der etwa 80 Einwohner Vorbereitungen, sich in den Westen abzusetzen. Ich sagte ihnen: „Seid vernünftig, rennt nicht in das Kriegsgeschehen hinein, rettet Euer Leben, hebt Gräben aus, um Euch vor Geschossen zu schützen und wartet das Ende der Kämpfe ab." Es gelang mir, die anderen - bis auf wenige Ausnahmen - zu überzeugen. Dazu hat sicher beigetragen, daß etliche Dorfbewohner inzwischen mitbekommen hatten, daß ein Kommunist unter ihnen war, der sicherlich ein gutes Verhältnis zu den sowjetischen Soldaten haben würde. Ich versicherte ihnen, daß die Rote Armee keineswegs die Verbrechen der Faschisten in der Sowjetunion auf gleiche Weise beantworten werde. Kurz und gut, die Leute folgten überwiegend meinem Rat, blieben im Dorf und warteten die weiteren Ereignisse ab. Vielleicht wurde damit manches Leben gerettet. Als am Nachmittag die erste Gruppe Rotarmisten bei uns Einzug hielt, waren die Gräfin und ihre Bediensteten längst nach dem Westen geflohen. Eine neue Zeit begann!

Herbert Thomas

Unser Autor war Pressechef der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

RotFuchs

E-Mail & Internet-Adresse

DKP-BerlinNO@t-online.de

http://home.t-online.de/home/DKP-BerlinNO/rotfuchs.htm

Vor 25 Jahren siegte das vietnamesische Volk

„ ... Saigon ist frei"

Es war am 1. Mai 1975: „Alle auf die Straße, rot ist der Mai; alle auf die Straße, Saigon ist frei ...!", tönte es über die „Stimme der DDR" auch in den Westen. Dieser Augenblick bleibt mir für immer unvergeßlich. Damals ging jenes unvergängliche Bilddokument um die Welt, das die letzten USA-Aggressoren und deren Marionetten in Saigon auf der panischen Flucht zum Helikopter über das Dach der „Botschaft der Vereinigten Staaten" zeigte.

Nach Jahrzehnten des schweren und opferreichen Befreiungskampfes hatte das Volk Vietnams gesiegt. Wie die französischen Kolonialisten waren auch ihre USA-Nachfolger verjagt und damit der Süden des Landes befreit. Die stärkste Militärmacht des Imperialismus hatte vor einem kleinen Volk kapituliert. Vor mir liegt der Artikel einer linken Hamburger Zeitschrift aus dem Jahre 1982. Er trägt die Überschrift „Geschenke für Freunde". Ein Foto aus der DDR-Presse zeigt einen Divisionskommandeur der Vietnamesischen Volksarmee, der dem Chef der Politischen Hauptverwaltung der NVA, Genossen Heinz Keßler, den Helm eines abgeschossenen USA-Bomberpiloten überreicht. Auch an das, worum es in diesem Artikel geht, ist am 25. Jahrestag des Sieges in Südostasien zu erinnern: Die sozialistische DDR hat mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes von Anfang bis Ende unterstützt. So fischten Schiffe aus der DDR bereits in vietnamesischen Gewässern, als es vor Rügen und Rostock selbst noch an Kapazität mangelte; es kamen Maschinen und Spezialisten aus der DDR, damit dort selbst Schiffe gebaut werden konnten. Und sie trugen das Kennzeichen „VD", was „Viet-Duc" hieß - deutsch-vietnamesische Freundschaft. Zwischen Elbe und Oder lebte der Geist des proletarischen Internationalismus - im scharfen Gegensatz zu dem, was in der BRD gedacht und getan wurde.

Der Bonner Staat unterstützte zu jeder Stunde den verbrecherischen Krieg der USA-Aggressoren: militärisch, politisch, diplomatisch, ökonomisch. In Vietnam, so wurde man am Rhein nicht müde zu trommeln - und „Friedenskanzler" Willy Brandt trommelte laut mit - „wird die Freiheit verteidigt". In der Nähe Hamburgs produzierte ein Werk des USA-Konzerns Dow Chemical - und zwar in Kooperation mit der Firma Boehringer, bei der Richard v. Weizsäcker im Vorstand saß - Dioxin für das mörderische Entlaubungsgift „Agent Orange" und für Napalm. Die BRD war Hinterland und Ruheraum für die USA-Armee, und in deren Heidelberger Hauptquartier errechneten Computer die Zielkoordinaten für die Bomberpiloten am Himmel Vietnams. Ungezählte Millionen DM flossen aus Bonn direkt in die Kriegskassen der korrupten Saigoner Marionetten und Milliarden im Rahmen des „burden-sharing" (Lastenbeteiligung) nach Washington. In den Stäben der Bundeswehr wie in Regierungskreisen dachten Offiziere und Politiker mit und ohne Erfahrung im Faschismus darüber nach, ob nicht auch westdeutsche Soldaten eines Tages in Vietnam an der „Verteidigung der Freiheit" teilhaben sollten. BRD-Hilfsorganisationen wie der „Malteser-Dienst" nahmen das schon vorweg und flogen mal bei Kampfeinsätzen der USA-Truppen einfach mit, während sich der Bonner Botschafter in Saigon gelegentlich im Kampfanzug zeigte ...

Doch nicht nur daran gilt es nach 25 Jahren zu erinnern. Es gab es auch eine „andere BRD". Zehntausende demokratisch-humanistisch gesinnte Menschen - Kommunisten, Sozialisten, Christen, Antiimperialisten -, die ein Ende des Krieges forderten und sich mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes solidarisierten. Knüppel, Wasserwerfer, Schüsse waren die Antwort der treuen USA-Vasallen darauf. Aber sie brachten nicht die allenthalben skandierten „Ho-Chi-Minh"-Rufe zum Verstummen, die in der gesamten kapitalistischen Welt das ruhige Hinterland störten. Diese vielfältigen, massenhaften und auch militanten Antikriegsaktionen - nicht zuletzt in den USA selbst - waren zweifellos ein gewichtiger Faktor, der dem vietnamesischen Volk siegen half. Hinzu kam vor allem die umfassende Solidarität sozialistischer Staaten. Den dritten Faktor unversiegbarer Kraft bildete die Einheit und Geschlossenheit des vietnamesischen Volkes, seiner bewaffneten Organe und seiner führenden Kraft, der Kommunistischen Partei, im Widerstand wie in der Offensive. Mit dieser Einheit konnte „die Kunst, Prinzipienstrenge mit flexiblem Handeln dialektisch zu verbinden" - wie der Erste Sekretär der KP, Le Duan, das ausdrückte - optimal angewandt werden.

Das Beispiel Vietnams hat seine Leuchtkraft nicht verloren. Doch das sozialistische Weltlager besteht nicht mehr. Der Imperialismus, angeführt von den USA und im NATO-Kriegspakt aggressiver denn je organisiert, strebt unverhüllt nach der Weltherrschaft. Im Herzen Europas richtet er sein ganzes Arsenal auf das kleine Jugoslawien, wo er bisher am mutigen Widerstand von Volk und Armee, geführt von einer patriotischen linken Regierung, scheiterte. In seinem Visier hat er auch das widerspenstige Bjelorußland und vor allem die verbliebenen sozialistischen Länder Cuba, China, die KDVR und das noch immer unter den Kriegsfolgen leidende Vietnam. Ihre Destabilisierung und die Zerschlagung der Volksmacht bleiben sein strategisches Ziel.

Und wir? „Da sind wir aber immer noch", zwar ungleich schwächer als vor zweieinhalb Jahrzehnten, doch mit derselben Aufgabe: Im Hinterland der NATO-Aggressoren die antiimperialistische Bewegung zu schaffen, die die Kriegsmaschine behindert, und mit bedingungsloser Solidarität an der Seite aller Opfer von Aggressionen kämpfend. Jeder Sieg, ob hier, in Jugoslawien, in Cuba oder wo auch immer wird wie im Kampf Vietnams ein Sieg für die gesamte Menschheit und deren sozialistische Zukunft sein.

Werner Hoppe

Folgt auf das „System Kohl" nun das „System Merkel"?

Vor der Spende - nach der Spende

Vor der Spende - als ob es bei CDU/CSU und FDP je eine Zeit ohne Spende gegeben hätte, - war für die christlich-demokratische Parteiführung, deren Partner und deren Paten eine Angela Merkel an ihrer Spitze undenkbar. Eine Frau, evangelisch, gegen Spendenwirtschaft allergisch und dann auch noch aus dem Osten? Nun aber, bis zum Hals und fast in aller Öffentlichkeit im Schlamm der Bestechungen und der Bestechlichkeit steckend, ist es für die freichristlich-demokratischen Parteien ein Geschenk des Himmels: eine Frau, nicht katholisch, Spenden glaubhaft verurteilend und eine Ossi: die CDU hat und bekommt, was sie nach außen hin braucht. Welche Person wäre als Aushängeschild geeigneter als Frau Merkel?!

Alles neu macht der April/Mai/Juni? Da war kein „System Kohl", kein „System Schäuble" (auch kein „System Adenauer", der mit Geld, Geldspenden, Bestechung und Bestechlichkeit nicht gerade pingelig umgegangen ist, sondern kräftig „nahm und gab"). Und nun droht auch noch ein „System Merkel". Die Adenauer, Strauß, Lambsdorf („der ehrliche Makler"), die Flick und Brauchitsch, die bayerischen Amigos, ihre Verbände und Lobbyisten, die Skandale seit der Gründung des „Rechtsstaates BRD": Und wenn darüber endlich Gras gewachsen war, kam immer ein Kamel, das alles wieder runter fraß. Und die Medien hatten stets die Aufgabe, jeglichen Skandal vergessen zu machen.

Man gab sich freimütig. Allerdings, daß das System „Kapitalismus" heißt, brachte keiner in Schrift und Ton: denn die Medien gehören ja dazu. Korruption, Bestechung und Käuflichkeit sind Wesensmerkmale des Kapitalismus. Und Kapitalismus heißt ja heute nicht Kapitalismus, sondern freiheitlich-demokratische Grundordnung oder - noch moderner - Neoliberalismus. Nur nicht daran rühren, lautet die Parole. Und dann beginnt postwendend die Suche nach „vereinzelten schwarzen Schafen" und nach Teppichen, unter die man alles kehren kann (bis zum nächsten Mal ...).

Daß man auch Wahlen kaufen kann, wurde gerade wortreich verschwiegen. Der Volksvertreter Kohl war zwar in die dritte Reihe seiner Fraktion verbannt, ließ sich aber gern als Vater der feindlichen Übernahme der DDR feiern. Man gedachte des Datums: Am 18. März 1990 haben angeblich „die ersten gleichen, freien, geheimen, demokratischen Wahlen jenseits der Elbe" stattgefunden. Drei Stunden lang schwieg man über die Millionen, die CDU und SPD über eine Staatsgrenze verschoben und mit denen sie ein Bataillon BRD-Prominenz in die damals noch souveräne DDR einfallen ließen, um die mit Westmark finanzierten Wahlen so richtig frei und demokratisch und gleich zu betreiben; um jene wählen zu lassen, die die DDR zum Teufel wünschten. Eine ganze Stunde lang - acht Minuten Redezeit für jeden - pries man den „Aufschwung Ost", der zum Diebstahl des DDR-Volksvermögens, zum Plattmachen florierender Volkseigener Kombinate führte, zu bis dahin im Osten unbekannten Arbeits- und Obdachlosenzahlen, zur Abschaffung der Gleichberechtigung der Frau, von Horten und Kindergärten, der Bildungsmöglichkeiten für alle (auch für Frau Dr. Merkel), des Abbaus von Wissenschaft und Forschung. Dafür blühen seither Banken, Großmärkte, Versicherungen und Baukonzerne, und die Millionen, deren Fluß nach Osten man sich rühmt, flossen wieder zurück gen Westen. Fürwahr, die Millionen-Investitionen in die gekauften Wahlen haben sich gelohnt. Schließlich muß sich ja alles rechnen. Und wer das anprangert, wird als Miesmacher beschimpft.

Das wird nun alles anders. Denn nun betreibt ja eine ehrliche Ossi die Opposition. Und wenn mal wieder ein Regierungswechsel ansteht, dann macht die einstige FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda aus Templin womöglich die Regierungschefin.

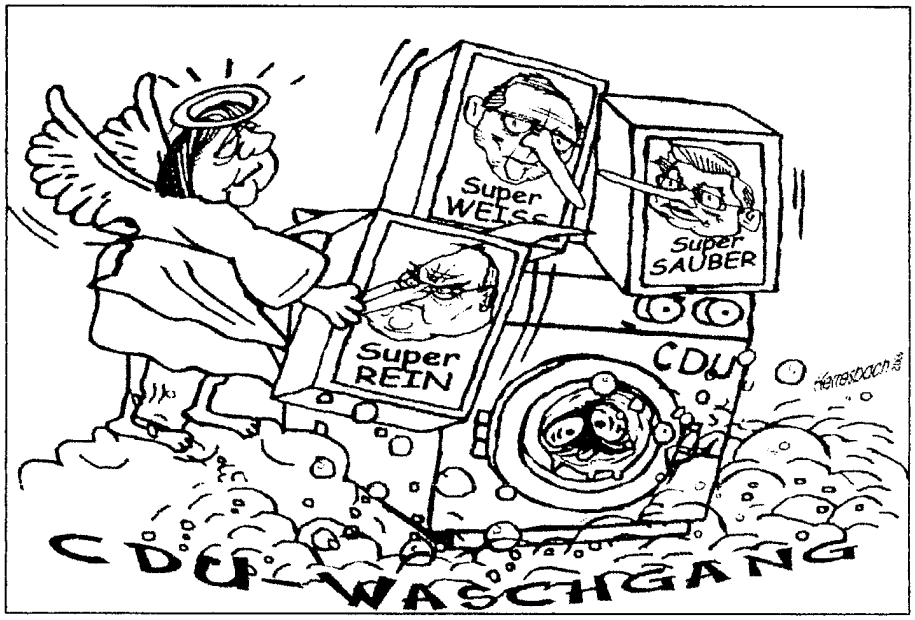
Was wird sie anders machen? Was könnte sie, wenn sie es denn wollte - anders machen? Ließe man sie, das darf doch wohl gefragt werden, Parteivorsitzende spielen, wenn sie nun alles anders machen würde und wollte? Die alten Herren sind noch da, wenn auch nicht alle im Amt. Was wollen die Stoiber, Dregger, Rüttgers, Koch, Rühe, Kohl anders haben - also nicht mehr bestechend, verleumderisch, gesetz- und verfassungswidrig? Rückt man von Bismarcks Kaiserreich, seiner Sozialistenfeindlichkeit, seiner Angewohnheit, fremde Politiker zu korrumpieren, ab? Wozu hat diese Vorsitzende vier Stellvertreter - wenn nicht als Aufpasser? Wer schreibt ihre Reden und ihre Statements? Schon wirbt sie für die Modernisierung der Bundeswehr ...

Wir hörten noch vor einem guten (?) Jahr, es habe einen „Machtwechsel" gegeben, als Gerhard Schröder und Joseph Fischer (als „Joschka" wurde er populär gemacht) mit der Regierungsausübung betraut wurden. Das Ergebnis: Ein unendlicher Krieg, deutsche Soldaten als Besatzungstruppen im Ausland, volle Pulle für die Rüstungsindustrie (nicht nur für deren Export), Zurückweichen, Kapitulieren vor den Herren des Öls, der Chemie und der Kraftfahrzeugindustrie. Und über allem immer spürbarer: die Herrschaft der Banken. Dafür bei scheinbarerem Eingehen auf diese oder jene abgeschwächte Gewerkschaftsforderung unaufhörliche Einschränkung von Arbeiterrechten, Verschlechterungen für die Mehrheit der Werktätigen, der Rentner, der Jungen, der Mieter usf.

Unvergessen der postwendende Besuch des Industriepräsidenten Henkel um 22 Uhr 30 in der Wahlnacht beim Sieger Gerhard Schröder in der Bonner SPD-Baracke - mit dem Dank für dessen Wahlslogan: „Wir wollen nicht alles anders machen, aber vieles besser." Besser für wen?

Und das soll eine CDU zurücknehmen, nur weil eine Angela Merkel an ihrer Spitze steht?

Karl-Eduard von Schnitzler



Aus dem Leben unserer Gruppe

Vor dem 15. Parteitag der DKP

Der große Versammlungsraum im Haus am Franz-Mehring-Platz war gut besetzt, als wir uns am Abend des 28. März zur Gruppenversammlung trafen. Sicher hatte die Ankündigung, daß unser Parteivorsitzender Heinz Stehr kommen würde, auch viele Sympathisanten und Gäste angelockt. Sie erlebten eine interessante und problemreiche Veranstaltung, die noch lange im Gedächtnis der Teilnehmer haften wird.

Heinz Stehr begann seine Ausführungen mit dem Hinweis, der 15. Parteitag müsse in den Zusammenhang von wichtigen Entscheidungen in anderen Parteien gestellt werden. So habe der 30. FKP-Kongreß gerade erst den Anspruch einer „Neugründung der Partei" erhoben; diese Entwicklung könne an der Seite der Sozialdemokratie enden - „alles andere als positiv für eine kommunistische Partei." Auch vom Münsteraner PDS-Parteitag seien wichtige Weichenstellungen zu erwarten.

Die DKP habe bisher den Kampf um die Erhaltung ihrer Existenz geführt, nun gehe es darum, sie zu einer einflußreicheren Kraft im linken Spektrum des Landes zu entwickeln. „Die Gewinnung neuer, vor allem junger Mitglieder ist zur zentralen Frage geworden." Dazu seien auf der 9. Tagung des Parteivorstandes entsprechende Beschlüsse gefaßt worden. „Die Werbung neuer Mitglieder geht nur über eine attraktive Politik." Unter diesem Aspekt komme dem auf der 10. Tagung gestellten Antrag des Parteivorstandes an den Parteitag („Die DKP - Partei der Arbeiterklasse - ihr politischer Platz heute", UZ v. 25. Februar) Signalwirkung zu. Er definiere das Selbstverständnis der DKP und sei - wie die Beschlüsse der vorangegangenen Parteitage - ein weiterer Baustein für das künftige Parteiprogramm. Inhaltlich gehe es um folgende Fragen: 1. um unsere Haltung zu neuen Entwicklungen im Imperialismus, denen man mit einer neuen Terminologie nicht beikommen könne; 2. um unser politisches Selbstverständnis als Systemopposition, als Alternative zur Rechtsentwicklung und als Partei des Sozialismus; 3. um die Klassenorientierung der DKP und 4. um Fragen der Aktionseinheit und Bündnispolitik, z. B. in Bezug auf die PDS. Zu Einzelaufgaben, so zur Jugendarbeit, würden weitere Anträge an den Parteitag vorbereitet.

Den Widerspruch zwischen der immer offensichtlicheren Gefährlichkeit des imperialistischen Herrschaftsystems und der unbefriedigenden allgemeinen Bewußtseinslage müßten wir als Herausforderung für unsere Politik begreifen. Keines der gegenwärtigen großen Probleme sei im Rahmen des Imperialismus lösbar. Das Recht auf Arbeit lasse sich z. B. nur noch unter sozialistischen Bedingungen realisieren. Alle derzeitigen politischen Entscheidungen dienten ausschließlich der Profitmaximierung. Die Mega-Fusionen der Großkonzerne und Großbanken seien nicht auf die Bewältigung der inneren Probleme, sondern nur darauf gerichtet, in der Weltarena an Einfluß zu gewinnen. Für zu viele Menschen sei die Globalisierungsfalle schon zu einer akzeptablen Variante geworden. In der Außenpolitik träten die tödlichen Gefahren der Politik des Großkapitals noch deutlicher hervor. Bei der NATO-Aggression gegen Jugoslawien sei es auch darum gegangen, die Massen für den Einstieg in größere Kriegsabenteuer reif zu machen. Innenpolitisch sei die immer bedrohlichere Kappung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten unübersehbar, z. B. in der Ausgestaltung des Bundesgrenzschutzes zur Bürgerkriegsarmee, in den Bestrebungen zur endgültigen Abschaffung des Asylrechts, in den Eingriffen in die Kompetenzen der Kommunalparlamente u. a. durch EU-Entscheidungen.

Zur Entwicklung der Widerstandskräfte sei es notwendig, die Gewerkschaften wieder zu Klassenkampforganisationen zu machen, eine neue außerparlamentarische Bewegung zu entwickeln und die DKP mit frischen Kräften aus der Arbeiterklasse zu stärken. In diesem Prozeß besäßen die Sozialismusvorstellungen der Partei großes Gewicht. Sie würden aus drei Quellen gespeist: Aus unserer Negation des Kapitalismus, aus den Erfahrungen der sozialistischen Länder, darunter der DDR, sowie aus unserer wissenschaftlichen Weltanschauung. Es bedürfe der Schärfung des Profils der DKP als antikapitalistische Systemopposition. Dazu müßten wir unsere Arbeit in wichtigen außerparlamentarischen Gruppierungen und Organisationen verstärken, unsere Standpunkte wissenschaftlich fundiert in der Öffentlichkeit darstellen, mehr Veranstaltungen organisieren, mit denen wir unser Umfeld ansprechen, und schließlich gezielte Gespräche mit unseren Sympathisanten führen.

Im Osten sei die DKP schwach entwickelt und wenig bekannt. Etwa 1 800 UZ-Bezieher in dieser Region reichten nicht aus, um die Positionen der Partei zu verbreiten; dazu seien mehr Aktivitäten erforderlich, bei denen man auch die spezifische Zuspitzung der Sozialverhältnisse politisch erfassen müsse. Von den ehemals 2,3 Mio SED-Mitgliedern seien sicher noch viele ansprechbar, aber bei den meisten der inzwischen Nachgewachsenen gebe es eine andere Einstellung. Es sei notwendig, Vorbehalte gegen die Gewerkschaften abzubauen und kommunalpolitische Ansätze zu finden. „Über einen langen Prozeß müssen wir uns den Weg zur Arbeiterklasse erkämpfen."

Im zweiten Teil seines Referats ging Heinz Stehr auf verschiedene Streitpunkte ein, die er mit der Gruppe Nordost - vor allem mit Blick auf den „RotFuchs" - sieht. Er empfahl, das Selbstverständnis der Zeitung zu überprüfen und war der Meinung, ihre Hauptschwäche bestehe in der Nicht-Wiedergabe der beschlossenen Politik der DKP in deren originärer Form. Er kritisierte, daß der „RotFuchs" vor allem ehemalige SED-Mitglieder als seine Zielgruppe betrachte, statt sich verstärkt auch an junge Leute zu wenden.

In der anschließenden **Diskussion** sprachen neun Genossen. Alle Redner betonten ihre Übereinstimmung mit den von Heinz Stehr vorgetragenen Gedanken zum Parteitag und brachten ihre Genugtuung über den sachlichen Ton und die faire Art der Argumentation zum Ausdruck. Die Diskussionsredner waren ausnahmslos bemüht, diesem Stil zu folgen, machten jedoch zugleich keinen Bogen um eine Reihe aus ihrer Sicht offener Fragen.

Als erster nahm **Ulrich Huar** - wie immer exakt vorbereitet und mit beneidenswerter Klassikerkenntnis ausgerüstet - das Wort. Er machte seinem Ärger über einen in der UZ vom 24. März veröffentlichen Beitrag von Robert Steigerwald Luft. Die Redaktion hätte ihre politische Verantwortung für das, was sie bringe, vernachlässigt. Er fragte, was Genosse Steigerwald unter „zwei Strömungen" in der Partei verstehe, wandte sich gegen die Verwendung des von Lenin in ganz anderem Zusammenhang geprägten Begriffs „linke Kommunisten" und bezeichnete die Einführung der Wortschöpfung „Partei-Esperanto" als Demagogie. Niemand aus der Gruppe Nordost habe gesagt, daß wir „zur Stalinzeit zurückwollten". Das sei eine Unterstellung. „Ist das unser neuer Umgangston?" Wir kämen bei den Menschen nur an, wenn wir klare Positionen verträten; es wäre nützlicher, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie wir die Theorie in die Massen hineintragen. „Ist dieser Artikel etwa Teil der Parteitagsvorbereitung?", fragte Ulrich Huar.

Diesen Gedanken griff später **Marta Rafael** auf. Sie brachte ihn in verknappter, prägnanter Art auf den Punkt: „Ich habe Verständnis für Deine Sorgen, daß in der Partei eine Opposition entstehen könnte. Aber der 'RotFuchs' ist keine Spalterzeitung. Nach dem Artikel von Robert Steigerwald müssen wir jedoch überlegen, ob der Gruppe Nordost eine Spaltungsabsicht untergeschoben werden soll."

Auch **Fred Müller**, einer der wenigen noch politisch aktiven deutschen Spanienkämpfer, schloß sich an. „Wo liegen denn die Motive für die Unterstellungen in Bezug auf den 'RotFuchs'?" Nicht unsere Zeitung, sondern die UZ müsse ihre Qualität erhöhen. Im übrigen vermisse er eine kritische Einschätzung der Frauentags-Gastkolumne in der UZ vom 3. März.

Kurt Andrä begrüßte, daß sich der DKP-Parteivorstand auf der 10. Tagung zur Arbeiterklasse und zum revolutionären Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen bekannt hat. Er kritisierte, daß unsere Fragen an die Parteiführung - insbesondere im Zusammenhang mit den unberechtigten Bemerkungen zur Gruppe Nordost auf der 7. Tagung des PV - bis heute nicht beantwortet seien. Ähnlich verhalte es sich hinsichtlich bestimmter Formulierungen im DKP-Dokument zu den 50. Gründungstagen von BRD und DDR.

Karl-Eduard von Schnitzler stellte klar, daß

der demokratische Zentralismus das einheitliche Handeln aller Parteimitglieder verlange und daß zu Aktionen gefaßte Beschlüsse absolute Verbindlichkeit besäßen. In theoretischen Fragen hingegen könne es keine Unterwerfung der Minderheit unter Mehrheitsbeschlüsse geben. Er wandte sich gegen diffamierende Formulierungen eines verantwortlichen UZ-Redakteurs zur DDR. Wir sollten uns auf das Positive stützen, das wir hatten, und keine Minderbewertung zulassen.

Walter Florath fragte, ob man in der UZ auch mal einen selbstkritischen Artikel von Robert Steigerwald finden werde. Im übrigen habe er den Eindruck, daß das DDR-Bild der DKP vorwiegend von bestimmten Erscheinungen der späten 80er Jahre geprägt sei. Er halte es für einen großen Fehler, daß die erfolgreiche Politik der SED während der 60er Jahre in der DKP nicht reflektiert werde.

Klaus Steiniger warf die Frage auf, warum auch dem 15. Parteitag noch immer kein vollständiger Programmentwurf, sondern wiederum nur ein weiterer „Baustein" dazu vorgelegt werde. Nach den Mannheimer Programmatischen Thesen von 1993 sei vom Parteivorstand theoretisch nichts Besseres mehr geleistet worden. Ein neues Parteiprogramm sei schon lange überfällig. Man solle sich an vielen anderen kommunistischen Parteien ein Beispiel nehmen. Er schlug vor, nachdem in die Haltung der DKP zur DDR ein wenig Bewegung gekommen sei, nun auch über die Bewertung der historischen Leistungen der SED tiefer nachzudenken. Als leitender Redakteur des „RotFuchs" erklärte er, niemals die Absicht verfolgt zu haben, etwas anderes als Originalpositionen der DKP zu transportieren. „Worin konkret bestehen denn die vermeintlichen Abweichungen des 'RotFuchs' und der Gruppe Nordost von Standpunkten der DKP und des Marxismus-Leninismus?", fragte er Heinz Stehr.

Hans Fischer erkundigte sich nach Hintergründen ihn beunruhigender Vorgänge in der „junge welt". „Es gibt nicht so viele linke Zeitungen, daß wir auf eine von ihnen verzichten könnten."

Annemarie Mühlefeldt ging nochmals auf den Artikel von Robert Steigerwald ein und verwahrte sich dagegen, aufgrund einer anderen Meinung zu den Kreuzberger Wahlergebnissen als „linke Kommunistin" abgestempelt und mit für sie unzutreffenden Etiketten versehen worden zu sein. Die Diskussion habe indes etwas gebracht; immerhin seien in der Entschließung der Berliner Bezirkswahlversammlung konkrete Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit auf kommunalpolitischem Gebiet benannt worden. Nie wieder sollten wir so unvorbereitet und amateurhaft in eine Wahlkampagne einsteigen.

Noch einmal nahm **Heinz Stehr** das Wort, um einige der aufgeworfenen Fragen zu beantworten oder um seine Haltung dazu deutlich zu machen. Manches ließ sich gewissermaßen „aus dem Stand" klären. So distanzierte sich der DKP-Vorsitzende von der geschmacklosen Gegenüberstellung des Händedrucks der beiden Großbanken-Chefs mit dem Symbol der SED in der UZ vom 24. März. Auch hinsichtlich der einen oder anderen Formulierung im Beschluß zu den 50. Gründungstagen zeigte er sich nachdenklich, meinte allerdings, wir hätten diese vermutlich falsch verstanden. Mit Blick auf den „RotFuchs" sagte er: „Ihr müßt das entscheiden und wir werden sehen, inwieweit die Zeitung der DKP nützt." Ihm selbst allerdings wäre es lieber, fügte er hinzu, wenn der „RotFuchs" nicht als eine Publikation der DKP erscheinen würde. Kontrovers blieb die Haltung zum Steigerwald-Beitrag. Er halte diesen Artikel für seit langem überfällig und stehe dazu. Die DKP könne sich nicht nur vom Rechtsopportunismus abgrenzen; es gebe auch sehr negative Erfahrungen mit linksopportunistischen Gruppen. Was die KPD betreffe, so hätten frühere Gespräche kein weiterführendes Ergebnis gebracht. Welches Fazit zieht der Berichterstatter? Nicht nur für den Referenten, sondern auch für die Teilnehmer, die der Veranstaltung bis zum letzten Satz konzentriert folgten, war dies ein anstrengender Abend. Alle wußten, daß es bei jeder aufgeworfenen Frage stets um die Partei als Ganzes ging. Sie zeigten Entschlossenheit, die DKP zu stärken und ihren Einfluß zu erhöhen. Sicher wäre die Diskussion noch mehr durch diese Überlegungen geprägt worden, hätte nicht der umstrittene Steigerwald-Artikel neue Irritationen hervorgerufen. Dennoch zeigten sich alle Genossen bemüht, Meinungsverschiedenheiten sachlich und fair zur Sprache zu bringen. Sicher kann man den ganzen Komplex von Fragen nicht auf einmal klären, aber es ist ja vielleicht auch gar nicht so schlimm, wenn die eine oder andere Differenz für eine Weile bestehen bleibt - vorausgesetzt, sie beeinträchtigt nicht den solidarischen Umgang mit - und den Respekt voreinander, was natürlich keine Einbahnstraße ist. Alles in allem: Ein wichtiger Tag im Leben der Gruppe Nordost.

Frank Mühlefeldt

Aus der Rede des Spanienkämpfers Fritz Teppich am 17. April 2000

Ziegenhals bleibt Zukunftssymbol

Es ehrt mich sehr, an diesem geschichtsträchtigen Ort zu sprechen, zumal am 114. Geburtstag von Ernst Thälmann. Die Wahl des Hamburger Hafenarbeiters zum KPD-Vorsitzenden Mitte der 20er Jahre war wegweisend für die revolutionäre Zielstrebigkeit der Partei der deutschen Arbeiterklasse ...

Längst hatte die Sozialdemokratie sich mit Revisionismus und Befürwortung der Kriegskredite 1914 in Kapitalismus-Akzeptanz begeben. Aus ihren Parteispitzen wurden Werktätige zunehmend verdrängt. Statt Demokratie herrschte dort nun großbürgerlicher Parlamentarismus. Heute registrieren Mitglieder und Sympathisanten der PDS - wie aus Leserbriefen an „Neues Deutschland" ersichtlich - mit sich verbreiternder Sorge, daß mehrere ihrer maßgebenden Genossen vornehmlich auf Regierungsbeteiligung bis zur Bundesebene zielen. Von jenen wird „Ankommen" propagiert, was auf Anpassung an die kapitalistischen Verhältnisse hinausläuft. Darob herrscht zurecht Betroffenheit in Teilen der PDS-Mitgliedschaft. Denn Integration in den Kapitalismus bedeutet Verzicht auf Sozialismus. Wer anderes behauptet, zumal angesichts der Entwicklung des Kapitalismus unserer Tage zum nach innen wie außen höchst aggressiven Spätimperialismus, der macht sich der Irreführung schuldig.

In deutlichem Gegensatz dazu beweist Ziegenhals, wie auch unter schwierigsten Bedingungen am Ziel einer kommunistischen Gesellschaft gemäß den Visionen von Karl Marx festzuhalten ist. In dieser beispielhaften Unbezwingbarkeit sehe ich die vorrangige Bedeutung der als „Illegale Tagung des ZK der KPD" in die Geschichte eingegangenen Beratung vom 7. Februar 1933. Dazu wurde hier in den vergangenen Jahren Grundsätzliches dargelegt, so von Eva Ruppert, Karl-Eduard von Schnitzler oder dem durch schwere Prüfungen gegangenen Armeegeneral der DDR, Heinz Keßler. Wiederholungen erspare ich mir. Jeder einigermaßen Kundige weiß, daß inmitten eskalierenden faschistischen Terrors nur noch nicht verhaftete, kurzfristig anzutreffende wichtige Funktionäre zusammengetrommelt werden konnten. Es waren rund drei Dutzend Genossinnen und Genossen, darunter alle erreichbaren ZK-Mitglieder. Dank ihrer Impulse konnte das organische und politische Fortwirken der KPD unter widrigsten Umständen neu motiviert werden. Derart ermutigt haben illegale Parteigruppen im Lande, immer wieder verbunden mit ZK-Beauftragten in Frankreich, Dänemark, der Sowjetunion oder anderen Ländern, das ultrareaktionäre Naziregime von Anfang bis Ende unentwegt bekämpft. Im deutschen Raum hat es nichts vergleichbar Wichtiges und Ehrenvolles gegeben. Immense Opfer wurden dabei gebracht ...

Die Bedeutung von Ziegenhals als Zukunftssymbol über die Zeiten zu tragen, wird in unserer fernsehsüchtigen, eilig vorbeirauschenden Reaktionsepoche besonders groß. Rückbesinnung und weitgesteckte Vorschau müssen verklammert werden. So hatte es auch Thälmann gehalten. Derart wurden für mich Kernereignisse früh zum Inbegriff, so die Parise Commune verbunden mit Sozialismusstreben oder die Kennzeichnung der UdSSR als umzingelte Arbeiter- und Bauernfestung, die auf Leben und Tod zu verteidigen war. Derart faßbar sollte nachwachsenden Generationen Geschichte plastisch dargelegt werden.

Wie wirkte Thälmann auf uns Jungkommunisten? (Der Autor gehörte damals den „Roten Pfadfindern" an - d. R.) Wie sahen wir und Sympathisanten die auf uns zupreschenden Ereignisse? Überlieferungen vorangegangener Kämpfe, angereichert durch nachfolgende Erkenntnisprozesse, waren für uns als Antrieb für neue Parteivorstöße hochwichtig. Ziegenhals unter Thälmann bewies: Auch unter miserablen Voraussetzungen kann und muß unverzüglich gegengehalten und entschieden für das unumstößliche Endziel Sozialismus weitergekämpft werden. Ungeachtet erheblich veränderter Umstände ergeben sich Anknüpfungspunkte für heutiges Vorankommen. Aus vergangenen Erfolgen, aber auch aus Rückschlägen und Fehlern Lehren ziehend und jederzeit die sich wandelnden Bedingungen berücksichtigend, wird es nach meiner Überzeugung Nachfolgenden schließlich gelingen, unserer guten Sache zum Erfolg zu verhelfen.

Eine Antwort auf die Polemik des Genossen Dr. Robert Steigerwald

Nicht nur der Wind von Worten

Es ist begrüßenswert, daß Robert Steigerwald den „RotFuchs" für die geeignete Publikation der DKP hält, um auf den kritischen Vorwurf aus unseren Reihen zu antworten, er stelle die Allgemeingültigkeit der Partei-, Staats- und Revolutionstheorie Lenins in Abrede. (Sie bildet gemeinsam mit seiner Imperialismuslehre bekanntlich das Kernstück der eigenständigen Weiterentwicklung des Marxismus unter neuen welthistorischen Bedingungen durch diesen Klassiker unserer Wissenschaft.) Allerdings hatte ich erwartet, daß er in der Sache konkreter argumentieren würde. Stattdessen hat er viele Feststellungen getroffen oder als Fragen formuliert, die zwischen uns völlig unstrittig sind. Das gilt auch für seine Bemerkung, gegenwärtig brauchten wir vor allem eine bewußtseinsbildende Partei. Gerade an dieser Aufgabe arbeitet der „RotFuchs" seit nunmehr 27 Monaten!

Um nicht der Gefahr zu unterliegen, mich dem „Wind von Worten" anzupassen, verzichte ich hier darauf, weitere gemeinsame Positionen darzustellen, und verweise stattdessen auf unsere ideologischen Differenzen. Ohne Meinungsstreit auf der Grundlage gewisser unverzichtbarer Gemeinsamkeiten werde die Partei sterben, sagt Genosse Steigerwald, und da stimme ich ihm zu. Niemand kann einem anderen den Mund verbieten. Die Ära der sogenannten Chefideologen ist eindeutig vorbei. Und auch die Zeit, in der über Fragen des wissenschaftlichen Sozialismus per Mehrheitsbeschluß entschieden wurde. Oder in der als bloßes „Arbeits- und Diskussionsmaterial" Beschlossenes nachträglich ohne innerparteiliche Sanktion in einen „Programmbaustein" verwandelt wird. So bin ich also bei Lenins Parteikonzept angelangt. Um was dreht sich die Auseinandersetzung?

Einige von jenen, die unseren Klassikerbezug mit der Formulierung „Marx, Engels, Lenin und andere marxistische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler" aushebeln wollen, reiben sich besonders an Lenin, weshalb sie auch den in der BRD keineswegs unter Verbot gestellten Begriff Marxismus-Leninismus vermeiden. Lenin sei ein bedeutender Marxist russischer Herkunft und russischer Spezifik, behaupten sie. Es sei aber ein Fehler gewesen, ihm universellen Rang einzuräumen. Ist es reiner Zufall, daß von Mitgliedern des Parteivorstandes zeitgleich und parallel zu Lenins „Partei- und Machtkonzept" auch Lenins Imperialismuslehre als überholt und überholungsbedürftig angegriffen wird?

Robert Steigerwald schrieb in „Gegen den Zeitgeist", GNN-Verlag 1999, s. 472 ff. zum „von Lenin erarbeiteten bolschewistischen Partei- und Machtkonzept und dessen Anwendung im Zusammenhang mit der Oktoberrevolution" wörtlich Folgendes: „Es handelt sich um eine Adaption marxistischer Auffassung auf die spezifischen Verhältnisse des zaristischen Rußlands...Es war nicht geeignet, universelle Bedeutung für alle kommunistischen Parteien (und später für alle sozialistischen Länder) zu erlangen, wie es nach Lenins Tod im Zuge der sogenannten Bolschewisierung geschah."

Da ist die Katze also aus dem Sack! Genosse Steigerwald muß uns für sehr naiv halten, wenn er annimmt, wir wüßten nicht, daß in j e d e r Revolution immer und unter allen Umständen eine Adaption des Marxismus-Leninismus auf die spezifischen Bedingungen des jeweiligen Landes erfolgen muß! Daß unsere ganze Theorie ohne diese Konkretisierung nicht den geringsten praktischen Nutzen bringen würde. Lenins fundamentale Arbeit „Staat und Revolution" habe lediglich „Zielsetzungen für die Periode unmittelbar nach der Oktoberrevolution" formuliert, die er, wie Robert Steigerwald schreibt, „schon kurz nach dem Oktober aufgeben mußte". Haben wir vergessen oder negieren wir etwa, daß gerade diese Arbeit dem gesamten revolutionären Prozeß in der DDR unter Berücksichtigung unserer nationalen, historischen, sozialen und ökonomischen Besonderheiten zugrundelag?

Warum attackiert Robert Steigerwald die „(angebliche) Partei von Neuem Typus", ohne deren Formierung es weder einen Sieg der Oktoberrevolution in Rußland noch einen Triumph der chinesischen Volksrevolution oder irgendeiner anderen erfolgreichen sozialistischen Revolution gegeben hätte? Heute sei „für uns" ein anderer Parteityp nötig, meint er. „Ich kann an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß jener Parteitypus, den man in Lehrbüchern, Referaten und in der Praxis lange Jahre als Partei von neuem Typus ausgab, 1989/90 zusammengebrochen ist". Eine vom Imperialismus gestützte und organisierte Konterrevolution, die nach dem XX. Parteitag der KPdSU auch innerhalb vieler kommunistischer Parteien Fuß faßte, hat in solchen Überlegungen kaum Platz. War es nicht vielmehr so, daß die Konterrevolution am Ende leichtes Spiel hatte, weil es - von wenigen Ausnahmen abgesehen - keine Parteien von leninistischem Typus mehr gab? Weil die einen - vom eurokommunistischen Virus zerstört - und die anderen - infolge jahrzehntelanger Deformierungsprozesse und inzwischen weit weg von den Anfängen enger Massenverbundenheit - aufgehört hatten, revolutionäre Vorhutparteien zu sein?

Zur Diskussion steht also nicht nur, wie Genosse Steigerwald fordert, die „Debatte über die Parteiproblematik in den ehedem sozialistischen Staaten Europas, der dortige Zusammenbruch", sondern nicht minder die Debatte über den langjährigen Niedergang der kommunistischen Bewegung in Westeuropa und die Ursachen der Erfolg- und Bedeutungslosigkeit vieler Parteien. Hierbei wird sicher auch das „Phänomen Gehrcke" - die von den standhaften Kräften der Partei um den Preis eines schweren Aderlasses tapfer bekämpfte DKP-Spielart des Euro- und Gorbatschow-"Kommunismus" - zu bewerten sein.

Er versuche zu begründen, welchen Parteitypus er hier und heute (angesichts des vermutlich längerfristigen Fehlens einer revolutionären Situation) - „nicht aber etwa in Lateinamerika!" - für nötig halte, differenziert Robert Steigerwald in seiner Polemik gegen die Universalität des „bolschewistischen Partei- und Machtkonzepts". Hier vermischt er unzulässigerweise Fragen der Strategie und Taktik, die regional natürlich völlig unterschiedlich sein müssen, mit der prinzipiellen Problematik des Parteityps. „Meine Kritiker schweigen über diesen Aspekt des Konkreten", führt er Klage. Und dann folgt der Satz: „Wollt Ihr ernsthaft bestreiten, daß wir uns nicht in einer analogen Lage befinden, wie die SPD im letzten Drittel des 19. oder die SDAPR in den ersten zwanzig Jahren des 20. Jahrhunderts?" Die Frage riecht nach Demagogie. Denn jeder weiß: Es wäre albern, solche Analogien zu ziehen. Geschichtliche Vergleiche hinken immer, sagt man. Und doch trifft eines zu: In Deutschland und vielen anderen Ländern ist der wissenschaftliche Sozialismus heute viel stärker von der Arbeiterbewegung getrennt als zu Bebels, Engels' und Lenins Zeiten. Die Kommunisten inner- und außerhalb der DKP müssen beides wieder zusammenbringen. Sie müssen durch unablässige Kapitalismuskritik und durch ernstzunehmende Sozialismus-Propaganda - nicht aber durch Verkündung von Konvergenztheorien im Sinne der „Bewahrung der besten Elemente beider Systeme" (s. DKP-Dokument zu den 50. Gründungstagen von BRD und DDR) - bewußtseinsbildend wirken. Das aber können sie nur tun, wenn sie sich - Schritt für Schritt - das Instrumentarium dafür schaffen: Eine Partei, die auf der Höhe der neuen Phase des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus steht - eine Leninsche Partei neuen Typs.

Bruni Steiniger

Warum sich PDS-Spitzenpolitiker auf Partnersuche begeben

Die Tips des Bankers Norbert Walter

Im Vorfeld des Münsteraner Parteitages warfen Wortführer der PDS-Spitze den als „dogmatische Linke" stigmatisierten Mitgliedern ihrer Partei vor, sie gefielen sich in der sterilen Rolle von „Ideologiewächtern", während der reformorientierte Vorstand und die Bundestagsfraktion ideenreich und tatkräftig „Politik gestalten". Auf Dr. Gysis „Anti-Dogmatiker"-Attacke folgten konkrete Schritte, die bei vielen Sozialisten Besorgnis hervorriefen. Selbst ganz und gar „undogmatische" PDS-Mitglieder äußerten ihre Bedenken. Sie waren erstaunt, als ihr Bundestagsfraktionschef in sehr verbindlichem Ton dafür warb, „eine neue Kultur des Umgangs miteinander zu finden", nachdem er gerade erst mit äußerster Schroffheit den „inhaltlichen Trennstrich zur dogmatischen Linken" in der eigenen Partei als „Bedingung und Bestandteil" ihrer „Erneuerung" gefordert hatte. Dr. Gysis freundliche Offerte galt ausgerechnet einem Manne, der als einer der borniertesten kalten Krieger einst traurige Berühmtheit erlangte: dem Berliner CDU-Fraktionschef Klaus-Rüdiger Landowsky. Und damit dieser Rechtsaußen auch gar keinen Zweifel mehr an Dr. Gysis demokratischer Läuterung hegen konnte, schloß sich der PDS-Politiker einer Stammthese der Erzkonservativen an: Die DDR, so räumte er ein, sei „kein Rechtsstaat" gewesen. Es wurde nicht bekannt, ob er hinzufügte, wie er es dennoch zustandebrachte, als zeitweiliger Vorsitzender des Großberliner Rechtsanwaltskollegiums - also eines Rechtspflegeorgans - in diesem Nicht-Rechtsstaat rechtspflegerisch tätig gewesen zu sein.

Der Vorgang blieb kein Einzelfall. So unterbreitete die PDS-Fraktion unlängst im Bundestag einen Antrag, der laut ND mit entsprechenden Vorschlägen der CDU „weitgehend übereinstimmt". Sie plädierte leidenschaftlich für „anerkannte entschädigungsberechtigte politische Opfer der DDR", deren Zahl sich auf angeblich 150 bis 200 000 Personen belaufen soll. Ihnen will die PDS per Gesetz am 3. Oktober 2000 - dem 10. Jahrestag der Zwangsvereinigung - „erleichterte und erweiterte Rehabilitierung und Entschädigung" zukommen lassen - vor allem umfangreiche Nachzahlungen aus dem Steuersäckel. Darüberhinaus soll eine „Vermutungsregelung" eingeführt werden, durch die Ansprucherhebende vom Nachweis des Zusammenhangs zwischen Haft und Gesundheitsschäden freigestellt sind. Ohne die Tatsache beschönigen zu wollen, daß es in der DDR auch politisch motivierte Fälle juristischen Unrechts gegeben hat, bleibt unbestreitbar: Die meisten der heute als „Opfer" Eingestuften wurden in ordentlichen Verfahren wegen international verfolgter Delikte rechtskräftig verurteilt. In der Regel handelte es sich nicht um Lappalien. Der vehemente Einsatz der PDS-Bundestagsfraktion gilt u. a. überführten Spionen, Saboteuren und Diversanten, deren Verbrechen auf die Untergrabung und Zerschlagung des sozialistischen deutschen Staates gerichtet waren.

Der wahre Grund dieser demonstrativen Distanzierung von der DDR dürfte in der Absicht der PDS-Führer zu suchen sein, abermals den Nachweis einer „ganz normalen", im bundesdeutschen System längst „angekommenen" Partei zu erbringen, die künftig sogar bereit sein könnte, von der derzeitigen Verketzerung der DDR („kein Rechtsstaat") zu deren Brandmarkung als „Unrechtsstaat" überzugehen. Den gleichen Eifer wie bei der Wahrnehmung vermeintlicher Rechte von „politisch Verfolgten des DDR-Regimes" sucht man vergeblich, wenn es um die Verteidigung der durch die BRD-Klassenjustiz verfolgten DDR-Bürger geht. Die Initiative der PDS-Bundestagsabgeordneten Dr. Evelyn Kenzler für eine Rehabilitierung und Entschädigung aller widerrechtlich abgeurteilten oder inhaftierten DDR-Hoheitsträger, Militärs, Juristen usw. wurde von der Fraktionsspitze abgewürgt, auch wenn Schritte zu einer generellen Amnestie und zur Rehabilitierung früherer Opfer des Kalten Krieges in der Alt-BRD jetzt eingeleitet worden sind.

Inzwischen gibt es Ansätze zu einer Art neuen Parteilehrjahrs für Spitzenfunktionäre. „PDS setzt sich bei Kapitalisten ... auf die Schulbank", titelte das ND am 20. März seinen Bericht von einem Seminar der Bundestagsfraktion mit dem Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, und anderen Koryphäen. „Das sorgte für Ängste bei den PDS-Anhängern", bemerkte die Zeitung angesichts der Tatsache, daß Top-Bosse der Hochfinanz selten als Lehrmeister für „evolutionäre Wege zum Sozialismus" in Frage kommen dürften. Sollte man meinen - doch Dr. Gysi weiß es besser. Er „fragt (lt. ND) suggestiv": Wo bekomme „die Partei bessere Tips, wie Reformen in dieser Gesellschaft funktionieren könnten". Es wäre „der Fehler (!) vieler (!) Genossen, zu glauben, der Kapitalismus sei nicht sozialistisch reformierbar ..." Und auch Christa Luft bestätigt „Nachholebedarf in Sachen Marktwirtschaft". Bei der allgemeinen „Partnersuche" darf auch Ex-Kulturminister Dietmar Keller - jetzt „Berater" der PDS-Fraktion - nicht fehlen. Der von Gysi geschätzte Ideengeber hat zusammen mit Ex-Pfarrer Rainer Eppelmann (CDU) ein Buch herausgebracht. Es heißt: Zwei deutsche Sichten - ein Dialog auf Augenhöhe". Anläßlich der Leipziger Buchmesse wurde das neue Werk vorgestellt. Im ND vom 27. März bezeichnete man die Präsentation als „beschauliche Plauderstunde". Man zitierte Eppelmann: „Keller war nie mein Feind. Der Mann hat Mut und ist bereit, für das einzustehen, was er für sich aufgearbeitet hat." Allerdings, resignierte der Prediger, Kellers Beitrag zum Buch gebe wohl nicht die Meinung der Mehrheit der PDS-Mitglieder wieder. „Respekt, Herr Keller!", schloß Eppelmann. „Respekt, Herr Eppelmann!", entgegnete Keller. In welchem Geiste dieser die PDS-Bundestagsfraktion berät, liegt wohl auf der Hand.

Worum es bei alledem geht, ob beim „Zuhörenlernen" im neuen Parteilehrjahr, bei der erwähnten „Opfer-Initiative" oder beim Austausch von Liebenswürdigkeiten mit den Herren Landowsky und Eppelmann offenbarte das ND in Klartext: „Die PDS will regierungsfähig werden. Darauf bereitet sie sich vor". Und ein „Einstiegsmodell" kann man ja in Mecklenburg-Vorpommern bereits besichtigen. Dort regiert die SPD unter Mithilfe der PDS. Viele Genossen der Basis waren gegen diese Koalition, konnten sich aber gegenüber jenen nicht durchsetzen, die nach Ministerämtern strebten. Das „Regieren als Wert an sich", von dem PDS-Politiker gesprochen hatten, erweist sich in der Praxis als „Muster ohne Wert": Nach monatelangem Prestigegerangel der Parteien zeigte die SPD ihrem Juniorpartner, wer Herr im Hause ist. Sie brach den mit der PDS ausgehandelten Koalitionsvertrag, der die Einführung einer „schulartenunabhängigen Orientierungsstufe" bis zur 6. Klasse - eine bescheidene Verbesserung der Chancengleichheit für alle Kinder - vorsah. Die PDS-Vertreter wurden als politische Leichtgewichte vorgeführt, mit denen man nach Belieben umspringen kann. Sie schmollten und blieben dennoch Koalitionäre der SPD. Auch ihre Drohung, eventuell mit „wechselnden Mehrheiten" abzustimmen, wurde von den Sozialdemokraten nicht weiter ernst genommen. Es bleibt beim CDU-geprägten Schulsystem. Basta! Mit Blick auf künftige Wahlen beschrieb unsere Schweriner „Heimat"zeitung genüßlich die vermutlichen Folgen demütiger Koalitionstreue: „Die PDS kann nur verlieren."

Wolfgang Clausner

Günter Werzlau auf der PDS-Gesamtmitgliederversammlung in Schwedt:

Unerwünschte Wahrheiten

Ist es in der gesamtdeutschen PDS nicht mehr erwünscht, über die Geschichte der BRD und deren Verhältnis zur DDR zu sprechen?
Ich muß jedenfalls feststellen, daß sich die Star-Redner der PDS so über die DDR äußern, als ob sie sich ständig bei der BRD und allen Bürgern entschuldigen müßten. Dabei verschweigen sie die Wahrheit und die Zusammenhänge nahezu vollständig. Kein Wort über die Handlungen der BRD-Regierungen und der großen Parteien, der Konzerne und Großbanken zur Schädigung und Beseitigung der DDR seit deren Gründung. Kein Wort über die Aktivitäten der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" und des „Verbandes Freiheitlicher Juristen", über Schleuserbanden und Morde an DDR-Grenzpolizisten, über das Wirken der zahlreichen Spionagedienste und anderer wie des Ost-Büros der SPD und des Gesamtdeutschen Ministeriums, über das Ausplündern der DDR, Boykotte usw.
Interessant ist, daß es Gleiches von der DDR gegenüber der BRD offensichtlich nicht zu berichten gab, sonst würden wir es spätestens seit 10 Jahren auch aus den Medien erfahren haben.
Jetzt entschuldigen sich unsere Parteiführer bei den Leuten und deren Angehörigen, die unserem Staat in der einen oder anderen Weise materiellen oder politischen Schaden angetan hatten, dafür, daß die Schuldigen von der DDR-Justiz entsprechend bestraft worden sind. Kein Wort über beweisbare Tatsachen, keine wahre Wertung. Durch bewußtes Weglassen wesentlicher Fakten die Dinge zu verfälschen - ganz gleich, ob bei den ND-Erfolgsmeldungen der 80er Jahre oder in geschichtlichen Dokumenten und Thesen der Gegenwart - halte ich für verwerflich.

Nach Redaktionsschluß

...ging der 6.Parteitag der PDS zuende. Er ist in gewisser Weise eine Zäsur: Zum ersten Mal wurde dem Parteivorstand in einer prinzipiellen Frage von höchster politischer Brisanz durch die Delegierten eine Niederlage beigebracht. Der Versuch Gysis und Biskys scheiterte, auf dem Wege zur Koalitionsfähigkeit der PDS mit der SPD die „Einzelfallprüfung" von UNO-Militäreinsätzen durchzusetzen, der später eine schrittweise NATO-Akzeptanz folgen sollte, ohne die kein Regierungseintritt einer beliebigen Partei in der BRD auch nur denkbar wäre. Insbesondere Gysi, der die Delegierten dann in seiner „Abschiedsrede" beschwor, nie wieder das „Feindbild SPD" zu bemühen, ging aus der Abstimmung als Verlierer hervor.
Falsch wäre es jedoch, hieraus zu schließen, der Parteitag habe eine „Linkswende" vollzogen. Die übrigen Beschlüsse und der Beratungsverlauf standen in der Kontinuität der PDS als einer antifaschistisch-demokratischen, zugleich aber nichtrevolutionären und nichtmarxistischen Partei, der auch Kommunisten und Marxisten angehören. Die Personen, die jetzt für Spitzenfunktionen im Gespräch sind, gehören ausnahmslos dem rechten Parteiflügel an. Doch warten wir's ab.
S.R.

RA Prof. Dr. Erich Buchholz zur „großen Justizreform"

Wiedererfindung des Fahrrads?

Die Justizministerin der Schröder-Regierung hat Großes vor - eine große Justizreform. Dem Vernehmen nach soll es (schlagwortartig) um folgendes gehen:
- Einführung eines dreistufigen Gerichtsaufbaus (anstelle des überkommenen vierstufigen) ohne Beschneidung des Rechtsweges!

- Aufklären statt Streiten (?!)
- Schlichten statt Richten (!!)
- Ausbau eines überschaubaren Systems der Rechtshilfe
- Schaffung eines für den Bürger begreifbaren Justizsystems (das derzeitige ist somit eingestandenermaßen nicht begreifbar!)
- Einrichtung eines unkomplizierten und kostenerschwinglichen Zugangs zur Justiz (woran es also zugegebenermaßen derzeit fehlt!)
- Gewährleistung einer zügigen Verfahrensbearbeitung und- erledigung
- Schaffung eines effektiven Vollstreckungsverfahrens.

Der DDR-Bürger sagt zu solchem Vorhaben: Das hatten wir doch alles, und zwar viel besser! Aber das bürgerfreundliche DDR-Justizsystem mußte erst gründlich zerschlagen werden, damit man jetzt das eine oder andere wiedererfinden kann!
Dieses rot-grüne Reformpaket stößt in der Bevölkerung auf sehr geringe Resonanz. Verständlich, denn die meisten bisherigen Projekte dieser Regierung brachten den einfachen Menschen nicht viel, und was den bundesdeutschen Rechtsstaat betrifft - so höre ich von enttäuschten Bürgern immer wieder nur: Geh mir weg mit diesem Rechtsstaat!

Bei Licht besehen, ist die rot-grüne Justizreform nicht einmal als „guter Vorsatz" so schön, wie sie verkündet wird. Allenthalben wächst die Besorgnis, daß unterm Strich die Rechtsmittelmöglichkeiten eingeschränkt werden, daß die Kosten der Justiz (was also den Steuerzahler trifft) weiter steigen, ebenso wie die der einzelnen Rechtsuchenden. Im Ganzen bleibt das Konzept eher vage und dunkel. Völlig übersehen wird, daß viele Konflikte, deren „Regulierung" heutzutage der Justiz angetragen wird, eine Folge des hohen Grades der „Verrechtlichung" und Kompliziertheit des Rechtssystem sind. Ob die Justizreform während der Legislaturperiode dieser Regierung überhaupt Wirklichkeit werden könnte, dürfte mehr als fraglich sein.
Gegenkräfte der verschiedensten Art werden schon mobil. Aus den Reihen der Anwaltschaft kommen begründete Bedenken, daß die Reform entgegen der propagierten Absicht die Rechte der Bürger beschränkt, z. B. durch Einengung der sachlichen Überprüfung richterlicher Fehlentscheidungen oder die Möglichkeit, Berufungen ohne Verhandlung „abzuschmettern". Verständlicherweise sind Anwälte auch besorgt, ob die anvisierte außergerichtliche Regelung von Streitigkeiten für sie mit Einnahmeverlusten verbunden sein wird - schließlich treten sich die mehr als 100 000 Rechtsanwälte in Deutschland zunehmend gegenseitig auf die Füße und die Konkurrenz dürfte sich künftig auch noch dadurch verstärken, daß Anwälte aus anderen EU-Staaten in der Bundesrepublik tätig werden können.

Vor allem ist das ganze Reformvorhaben „vom Schwanze her aufgezäumt". Solange nicht das Recht, das Rechtssystem selbst „entlastet", vereinfacht, bürgerfreundlicher und überschaubarer gestaltet wird, bleiben alle hehren Pläne in diesem Dschungel stekken. Solange im „Ernstfall" der rat- und rechtsuchende Bürger nicht darauf vertrauen kann, daß er ohne anwaltlichen Beistand zu seinem Recht kommt, er also zwangsläufig auf die „gebührenpflichtige" Dienstleistung eines Rechtsanwalts angewiesen und nur zu oft von diesem auch abhängig ist, solange dürfte ihm gleichgültig sein, ob künftig die erste Instanz „Amtsgericht" oder „Landgericht" heißt und er im Rechtsmittelverfahren vor einem „Landgericht" oder „Oberlandesgericht" landet.
Solange sich die Inhaber der großen Warenhäuser und ihrer Ketten mit Selbstbedienungsbereichen hartnäckig dagegen sträuben, daß geringfügige Ladendiebstähle mit Werten um 10 oder 20 DM „entkriminalisiert" und wie zu „Kaisers Zeiten" als Mundraub, als Übertretung behandelt werden, solange sie um die „Heiligkeit des Eigentums" bangen und Polizei wie Justiz - mit solchen Strafsachen zugeschüttet - an der Verfolgung großer Krimineller gehindert werden, vermag auch die beste Justizreform am Ende wenig zu bewirken.
Gleiches gilt vor allem für die aufgeblasene politische Strafjustiz der Sieger, für das komplizierte eigentümerfreundliche und gegenüber DDR-Bürgern feindliche Restitutionsrecht (Rückgabe vor Erstattung), für das vermieterfreundliche und mieterfeindliche Mietrecht, für das an Schlupflöchern reiche Steuer- und das zunehmend repressiver gewordene Polizeirecht.
Jedenfalls läßt auch dieses Justizreform-Vorhaben unschwer erkennen, wessen Interessen der Rechtsstaat Bundesrepublik bedient.

Kostbare Erlebnisse dürfen nicht verlorengehen

Greift zur Feder, Genossen!

Auch im Vorfeld der 10. Wiederkehr des 3. Oktober 1990 werden die sozialen Konflikte in der BRD nicht geringer. Manchem aus der DDR dämmert inzwischen die Erkenntnis, daß die heutigen Arbeitskämpfe und Antikriegsproteste im Grunde auch eine Folge der Aktionen und „Demos" vom Herbst 89 sind. Das Unheil trifft jene, die ihr Heil bedenkenlos weggegeben haben. Die „goldene Gans", die man besaß, ist schlecht vertauscht worden. Nur: Die Herrschenden der BRD lassen sich nicht von Kerzen und Friedensgebeten beeindrucken oder durch Straßenproteste zum Rücktritt bewegen, sondern schicken hochgerüstete Polizeieinheiten aus, die sofort zugreifen, besonders, wenn es sich um Linke handelt. Gleichzeitig leistet die Klassenjustiz - sekundiert von Bürgerrechtlern - ihre „Arbeit" bei der Verfolgung politisch Verantwortlicher und anderer staatsbewußter Bürger der DDR. Man täusche sich nicht, weil es bisher fast „nur" Mitarbeiter der Sicherheitsorgane oder der Grenztruppen, Generale der NVA, Richter und Staatsanwälte getroffen hat! Spätestens seit der Aburteilung von Egon Krenz steht die gesamte deutsche sozialistische Republik in der kapitalistischen BRD vor Gericht. Zielstrebig und bewußt ist ein öffentliches Klima geschaffen worden, in dem von amtswegen nichts passiert, wenn Kommunisten und andere Antifaschisten öffentlich Mörder oder Totschläger genannt werden. Die gesellschaftliche Grundlage, der Schoß, aus dem die faschistische Machtform der Herrschaft des Finanzkapitals kroch, ist doch dem Wesen nach in der BRD niemals beseitigt worden und hat sich jetzt auch auf den annektierten Osten ausgedehnt. Ist es da verwunderlich, daß des 8. Mai 1945 und der Antifaschisten aus der Arbeiterbewegung offiziell nicht mehr gedacht werden soll?

Und die „Krönung": Altbundesdeutsche Autoren „beschreiben" ohne Skrupel, wie wir in der DDR gelebt, wie unsere öffentlichen Einrichtungen funktioniert haben sollen. Bücher westdeutscher Militärs z. B. über die Nationale Volksarmee, die Volksmarine usw. werden von Buchhandlungen gelistet; für ihre Vorstellung stehen - wen wundert's? - die Seiten großer Blätter und Zeitschriften zur Verfügung. Berichte von Gestaltern und Teilnehmern dieser Vorgänge aus der DDR dagegen haben es schwer, bekannt zu werden. Dabei gibt es im Osten eine interessante Palette autobiographischer Literatur. So ist 1999 im GNN-Verlag (ISBN 3-932725-85-9) die 2., überarbeitete Auflage des Buches von Hans Fricke „Davor, dabei, danach. Ein ehemaliger Kommandeur der Grenztruppen der DDR berichtet", erschienen. Aufrichtig, lehrreich und spannend, enthält es eine Reihe klarer Aussagen und Wertungen zu einem relativ frühen Zeitpunkt. (Das Manuskript wurde immerhin schon 1992 abgeschlossen!) Daß wahrscheinlich nicht jeder Leser mit allen Urteilen des Autors einverstanden sein wird, halte ich nicht für einen Mangel, sondern für eine Anregung zum Nachdenken, zum Meinungsstreit. Es handelt sich eben nicht um löffelfertige literarische Kindernahrung, an der man nichts mehr zu kauen hätte. Das Buch, das internationale, innenpolitische, regionale und persönliche Vorgänge zueinander in Beziehung setzt, macht deutlich: Es war unser aller Grenze, an der Angehörige des Volkes der DDR selbst in Friedenszeiten ihren „Kopf hingehalten" haben, damit wir hinter ihrem Rücken in Ruhe unser ziviles Leben zu gestalten vermochten. Der Chef der Grenztruppen, Genosse Klaus-Dieter Baumgarten, konnte erfreulicherweise unlängst die Haftanstalt verlassen. Andere Kommandeure sind noch politische Gefangene der BRD, gegen weitere wird ermittelt. Man verfolgt sie stellvertretend für alle, die jemals wieder einen neuen Anlauf auf deutschem Boden wagen sollten. Als ob sich Kommunisten von der Bourgeoisie abschrecken ließen.

Ich halte es für äußerst dringlich, daß möglichst viele der „Alten" für die Nachgeborenen aufschreiben, was sie in der DDR erlebt haben. Außerdem ist das für jeden, der zur Feder greift, ein aufregender Vorgang, aus dem er irgendwie anders herauskommt als er hineingegangen ist. Allein das Sichten von Dokumenten - Ausweisen, Briefen, Urkunden, Auszeichnungen, Lohnstreifen, SV-Unterlagen, Fotos, Widmungen in Büchern, Kalendern, Tage- und Notizbüchern, Mitschriften, Redeentwürfen, Analysen, Berichten usw. - motiviert enorm. Es erzeugt geradezu jenen gefühlsmäßigen Zustand, in dem man schreiben sollte. Am sichersten verfährt man wahrscheinlich so, daß man sich die jeweilige Situation und das damalige Reagieren darauf ins Gedächtnis ruft. Erst am Schluß der Darstellung von Begebenheiten sollte man Wertungen aus heutiger Sicht vornehmen. Alles muß mit großer Ehrlichkeit betrieben und geschildert sein. Der Leser spürt instinktiv, ob der Autor „dahinter" steht. Wichtig sind natürlich Beweise für alle Behauptungen.

Schließlich haben wir an der gerechtesten Sache der Welt gearbeitet und konnten dabei - international betrachtet - in der Praxis nicht die schlechtesten Ergebnisse vorweisen: Wir haben mit unserem Wirken das Alltagsleben der Bevölkerung reicher und glücklicher gemacht - unter nicht gerade beneidenswerten Voraussetzungen. Das war - vielleicht klingt es etwas hochtrabend, aber es stimmt - revolutionäres Tun! Möglicherweise stellt sich heraus - wenn man z. B. Vergleiche mit Cuba vornimmt - , daß die DDR-Führungen verschiedener Ebenen von der zweiten Hälfte der 70er Jahre an zu viel für die Menschen tun wollten und taten, statt den Bürgern ungeschminkt die Wahrheit über alle Schwierigkeiten und Widersprüche zu sagen und gemeinsam mit ihnen die Lösung der Probleme in Angriff zu nehmen. So haben wir mit die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Bevölkerung ab Mitte der 80er Jahre in Gorbatschows statt in Honeckers Reden den Ausdruck ihrer Interessen, Bedürfnisse, Wünsche und Hoffnungen sah. Und nicht nur das: Sie ist den Rattenfängern auch überwiegend gefolgt.

Die notwendige Volksverbundenheit, mit der jede kommunistische Partei steht und fällt, sehe ich vor allem in inhaltlicher Hinsicht, wofür das sozialistische Eigentum unsere wichtigste revolutionäre Errungenschaft gewesen ist. Wir haben diesem guten Inhalt nicht die notwendige Form gegeben, wofür im Sozialismus Öffentlichkeit, Kollektivität, Kritik und Selbstkritik, Leistungsgerechtigkeit und Transparenz der notwendigen Entscheidungen Hauptprinzipien sein müssen. Im Imperialismus wird - umgekehrt - der zutiefst menschenfeindliche Inhalt geschickt verpackt und dementsprechend „verkauft".

Ich schreibe das alles nicht, um neunmalklug daherzukommen. Aber es gibt selbst unter gebildeten Marxisten im Westen Zweifel daran, ob die Gestaltung der antifaschistisch-demokratischen und dann der sozialistischen Gesellschaft in der DDR tatsächlich von deutschen revolutionären (und nicht nur oder in erster Linie von sowjetischen) Kräften bewirkte Vorgänge waren. Mit anderen Worten: ob es sich bei uns um einen eigenständigen revolutionären Prozeß gehandelt hat. Man sieht auch daran, wie schwer es selbst den besten Vertretern unserer Bewegung fällt, die historischen Umwälzungen in der DDR zu begreifen, wenn sie sie selbst nicht mitgestaltet haben.

Eike Kopf

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Die seltsamen Wandlungen des Historikers Friedrich Meinecke

Auch eine Leitfigur?

Der Beitrag Fred Müllers in RF Nr. 26 „Über Leitfiguren und Vorbilder" regt mich an, ein etwas anders gelagertes Beispiel zu schildern. Die Rede ist von Friedrich Meinecke, einem herausragenden konservativen deutschen Historiker, den manche - wie Goerdeler und Schindler - irrtümlicherweise zu den Antifaschisten rechnen. Tatsache ist, daß Meinecke seine Haltung zu den Nazis erst kurz vor deren Machtantritt korrigierte. Was er zuvor und auch nach 1945 dachte und tat, ist nicht weniger bedenklich.

Als profiliertester Vertreter der Neu-Rankeaner unter den Historikern trat Meinecke seit Beginn des 20. Jahrhunderts für einen politischen Machtzuwachs des Monopolkapitals gegenüber den Junkern, für eine schrittweise Verbürgerlichung der halbabsolutistischen Monarchie ein. Früher als andere großbürgerliche Geschichtsideologen erkannte er die neuen Möglichkeiten, die sich aus der reformistischen Haltung der sozialdemokratischen Führer für die Aufrechterhaltung der Herrschaft des Großkapitals ergaben. Der Antikommunismus, seit 1917 Grundzug der bourgeoisen Historiographie, wurde auch in seinen Schriften zum bestimmenden Dogma. Die wichtigste Aufgabe sah Meinecke darin, das Bündnis der Konterrevolution gegen den Kommunismus „zum Kampf auf Leben und Tod" zusammenzuzimmern. Er trat dafür ein, den Hauptstoß gegen Sowjetrußland zu richten, und begrüßte das Wüten der Freikorps im Baltikum und in der Ukraine (Nach der Revolution München-Berlin 1919, S. 113 ff.).

Bereits in dieser Zeit liegen die frühen Wurzeln des Faschismus. Meinecke wird mit seinem fanatischen Antikommunismus de facto zu einem seiner Wegbereiter. Erst später (publizistisches Auftreten im Februar 1933) verwandelt er sich in einen Widersacher des Faschismus. Den Hauptfeind der Demokratie sieht er weiterhin in der revolutionären Arbeiterbewegung, die Kommunisten setzt er mit den Nazis gleich und erklärt, beide besäßen eine „gemeinsame soziologische Ursache". Nach Errichtung der faschistischen Diktatur wurde Meinecke, der sich nicht zu Hitler bekennen wollte, zum Rücktritt von seinen Ämtern gezwungen.

Zu erwähnen ist auch, daß der bekannte Historiker vor und im 1. Weltkrieg (bis 1916) entschieden die Kriegs- und Eroberungspolitik des deutschen Imperialismus nach außen vertrat, während er diese im Innern mit „gemäßigten" Reformen maximal unterstützen wollte. Er bezeichnete den Krieg als „Recht und Pflicht" des Machtstaates „zur kraftvollen und rücksichtslosen Selbsterhaltung" und äußerte nach dessen Ausbruch „frohe Hoffnungen". Er sei „völlig und ausschließlich damit beschäftigt ..., Siegeszuversicht und Ausdauer von Front und Heimat zu stärken", um so seinen „Kriegsbeitrag zu leisten". Erst angesichts der sich abzeichnenden Niederlage löste er sich von diesen chauvinistischen Zielen und trat nunmehr für „Verständigung, Frieden und innere Reform" ein, weil er glaubte, nur so den Bestand des Kaiserreiches verbürgt zu sehen. Erst nach 1918 wurde er unter dem Zwang der revolutionären Ereignisse vom „Herzensmonarchisten" zum „Vernunftrepublikaner".

Zur Begründung der deutschen Niederlage im 1. Weltkrieg entwickelte Meinecke nach 1918 die These vom kriegsentscheidenden Eintritt der USA, die seit 1945 richtungweisend für die großbürgerlich-konservative Historiographie der BRD ist. Er propagierte eine „Gemeinschaft des germanisch-romanischen Geistes", die der Frontstellung der imperialistischen Staaten gegen Sowjetrußland entsprach.

Meinecke wurde nach 1945 für die rechtskonservative BRD-Geschichtsschreibung neben Dilthey und Troeltsch zu einem maßgeblichen Begründer der sogenannten Geistes- oder Ideengeschichte, auf die sich die reaktionären Historiker der Bundesrepublik bei der Bestimmung ihrer politisch-ideologischen Ziele stützten. Er eignete sich dazu besonders gut, da er sich einerseits vom Hitlerfaschismus distanziert hatte, andererseits aber ein entschiedener Gegner gesellschaftlicher Veränderungen geblieben war. In seinen Darlegungen vermischte er seine diesbezüglichen Ansichten mit für ihn akzeptablen Elementen fortschrittlicher Traditionen der deutschen Geschichte. Seine Position war weiterhin darauf gerichtet, die Herrschaft des deutschen Imperialismus historisch zu rechtfertigen und dessen Ideologen neue Erfahrungen und Argumente an die Hand zu geben. Auch wenn Meinecke von manchen Antifaschisten als „entschiedener Gegner der Nazis von Anfang an" betrachtet wird (s. „antifa" Nr. 1/2000), war er in Wirklichkeit nur eine Leitfigur systemtreuer Kräfte. Seine „Bemerkungen zur Zeit" als „gerade jetzt bestätigt und nachdenkenswert" zu empfinden, halte ich für eine unglückliche Formulierung.

Gerhard Feldbauer

Wer kann mir helfen?

Suche für mein Archiv Exemplare der Zeitschriften „Der Kämpfer" (Organ der Kampfgruppen) und „Die Volkspolizei", Betriebszeitungen der DDR und Zeitungen der Bezirksleitungen der SED gegen Spende für den „RotFuchs". Danke im Voraus!

Wolfgang Kiegeland,
Hagenring 8,
38106 Braunschweig

„Grafschafter Nachrichten" nennen die Dinge beim Namen

DDR-Trainer führten Athleten zum Sieg

Unsere Leser Lisel und Heinz Deymann aus Nordhorn übermittelten uns den folgenden Text aus den „Grafschafter Nachrichten" vom 22. März 2000.

Mit „Ost-Power" in der Trainergilde haben die deutschen Wintersportler in den zurückliegenden Monaten ihre erfolgreichste Saison seit der Vereinigung gefeiert. Der Suhler Reinhard Heß führte Martin Schmitt und Sven Hannawald zum Durchmarsch auf den Sprung- und Flugschanzen. Joachim Franke (Berlin), Stephan Gneupel (Erfurt) und Klaus Ebert (Chemnitz) feierten mit den Eisschnellläufern unnachahmliche WM-Triumphe.

Ein Erfolgsjahr als Bob-Chefcoach konnte der gebürtige Schwedter Raimund Bethge mit Doppelsiegen der Deutschen bei der WM in Altenberg konstatieren. Auch im Winter-Zweikampf ist das Wissen der DDR-Trainer nach wie vor gefragt. Olympiasieger Frank Ullrich ist als Chef der Biathleten maßgeblich für ihre herausragende Form verantwortlich. Zum Trainerstab der Rodler, die mit ihren Serienerfolgen die Konkurrenz deprimierten, gehören in Norbert Hahn und Bernhard Glass zwei ehemalige DDR-Olympiasieger.

Reinhard Heß, seit 1993 im Amt, gilt als akribischer Arbeiter, erstklassiger Analytiker und väterlicher Freund seiner Springer. International ist Heß als kritischer Geist bekannt, der nicht alle Entscheidungen der FIS, der Veranstalter oder des Fernsehens akzeptiert.

Zum „Eis-Trainer des Jahres" avancierte Joachim Franke, obwohl er beim Saisonhöhepunkt wegen einer Gallenstein-Operation das Bett hüten mußte. Fünf WM-Titel erkämpften seine Berliner Schützlinge mit Claudia Pechstein und Monique Garbrecht ... Und Biathlet Fritz Fischer weiß: „Ohne das Training bei Frank Ullrich wäre ich nie Olympiasieger geworden."

Zehn Jahre ist Raimund Bethge nun Coach der Bob-Piloten. Unter der Regie des früheren Hürdenläufers erkämpften die Deutschen 56 Medaillen bei Olympia, WM und EM ...

Grafik: Heinz Herresbach

Polemik gegen euro- und deutschzentristische Sichten

Nur unsere Niederlage?

In den „Sozialismus-Vorstellungen" der DKP wurde unsere Niederlage einseitig auf die sozialistischen Länder Europas bezogen. Ihre Ursachen reduziert man im wesentlichen auf subjektive Schwächen, Mängel, Versäumnisse usw. Es handelt sich jedoch um eine Weltniederlage der gesamten kommunistischen und Arbeiterbewegung, einschließlich all ihrer Abteilungen in Westeuropa; folglich um einen vorläufigen Sieg des Imperialismus, der das sozialistische Weltsystem als solches zerschlagen hat. Das wird jetzt an vielen Punkten des Erdballs dadurch noch deutlicher sichtbar, daß die Kriegsfackel immer heller auflodert.

Die Einengung des Desasters auf die europäischen sozialistischen Staaten - z. B. in Deutschland auf DDR und SED - vertuscht den Niedergang der kommunistischen Parteien des Westens, der zweifellos auch zur allgemeinen Niederlage beigetragen hat. Sie übersieht zugleich das Debakel in den kolonialen und abhängigen Ländern. Der Abstieg aller drei Formationen der antiimperialistischen Bewegung steht nicht nur in einem inneren Zusammenhang, sondern auch in einem zeitlichen Kontext, den ich auf den Abschnitt von 1970 bis 1985 datieren würde. Die Ursachen der Niederlage des sozialistischen Weltsystems, der kommunistischen und Arbeiterbewegung in den Metropolen und der nationalen Befreiungsbewegung sind in grundlegenden Veränderungen des globalen Kräfteverhältnisses zu suchen und nicht nur in „inneren" Versäumnissen und Fehlern. Diese werden durch uns keineswegs geleugnet, wie auf der 7. Tagung des PV der DKP behauptet wurde, sondern in ihren tatsächlichen Auswirkungen notwendigerweise relativiert. Sie hatten beschleunigende oder bremsende Wirkungen, haben Mißtrauen in die Kraft des Sozialismus gesät. Sie waren eher Folge als Ursache.

Eine Analyse der Gründe der Niederlage der sozialistischen Revolutionen 1917-1985 muß also vom Komplex des Klassenkampfes in der Welt, aller Komponenten, des sich mehrfach verändernden ökonomischen, politischen, ideologischen und militärischen Kräfteverhältnisses ausgehen und jede subjektivistische, euro- oder deutschzentristische Betrachtungsweise ausschließen. Zu analysieren wären erstens die Ursachen der Schwächung und Spaltung der kommunistischen und Arbeiterbewegung in den imperialistischen Hauptländern, der Übergang großer kommunistischer Parteien (IKP, FKP usw.) auf nicht- und antimarxistische, auf opportunistische und revisionistische Positionen. Die Restauration des europäischen Imperialismus nach dem 2. Weltkrieg mit Hilfe des USA-Kapitals und im Ergebnis schärfster Ausplünderung der menschlichen und materiellen Ressourcen der Dritten Welt schuf in den Hauptländern dieses Systems eine Akkumulationskraft, die etwa 2,5 bis 3mal stärker war als in allen sozialistischen Staaten. Sie gestattete die Beschleunigung der wissenschaftlich-technischen Revolution zum Nutzen der Monopole und eines kleinen Teils der Bevölkerung im imperialistischen Herrschaftsbereich. Sie ermöglichte beachtliche soziale Zugeständnisse zur Ruhigstellung und sozialen Korrumpierung der Bürger in den Metropolen, was als „Wohlstandsalternative" zum Sozialismus ausgegeben werden konnte. Sie schuf die Voraussetzungen für ungehemmte Hochrüstung zur Unterdrückung jeglicher Befreiungsbewegung auf der Welt und zur enormen Belastung der sozialistischen Staaten mit Rüstungsausgaben.

Diese ökonomischen Faktoren haben die Illusion von der „Vitalität" des Imperialismus, seiner „höheren Effektivität" und seiner angeblichen Potenz erzeugt, soziale Probleme langfristig im globalen Maßstab lösen zu können. Auch kommunistische Parteien sind dieser Ideologie des Klassengegners erlegen und ließen sich so de facto in die Front gegen den Sozialismus einspannen. Breite Massen sind durch nationale Privilegien entsolidarisiert worden und gingen sogar auf chauvinistische Positionen über, wie sich bei der Aggression gegen Jugoslawien zeigte. Auch das gehört zu den Ursachen und Bestandteilen der Niederlage.

Zu analysieren ist zweitens die unvollendet gebliebene Befreiungsbewegung der kolonialen und abhängigen Länder. Außer in Cuba und Vietnam ist es ihr nach 1949 nirgends mehr gelungen, die Positionen des Imperialismus und der einheimischen Ausbeuterklasse auch ökonomisch zu zerschlagen. Unerreicht blieb, was eine Bedingung für den Fortgang der sozialistischen Revolution gewesen wäre: dem Kapital nach und nach das Eigentum zu entreißen. Hauptursache hierfür war die Erpreßbarkeit dieser Länder durch aufgezwungene Monokulturen und einseitige Produktionsstrukturen. Mit IWF-Spritzen, Weltbankkrediten und Embargos wurden Hungersnöte und ethnische Konflikte planmäßig erzeugt. Ökonomischer Druck, brutaler militärischer Einsatz und physischer Terror haben die Befreiungsbewegung erstickt. Zu untersuchen ist in diesem Zusammenhang auch die Wirkung des Dualismus Sowjetunion - VR China bei der Unterstützung dieser Bewegung. Da objektive Gründe schwer erkennbar sind, wird die Befürchtung erhärtet, daß hier tatsächlich subjektive Verhaltensweisen der Führungen beider Länder eine maßgebliche Rolle gespielt haben dürften.

Eine Analyse der Niederlage muß drittens von dem unerschütterlichen Beweis ausgehen, daß der Sozialismus trotz aller ihm entgegenwirkenden Faktoren dazu in der Lage ist, ohne Kapital und Kapitalisten, ohne Ausbeutung fremder Völker, aus eigener Kraft eine hochentwickelte Wirtschaft aufzubauen. Von einem Bankrott kann keine Rede sein. Die Tatsache, daß die sozialistischen Länder mit dem Imperialismus ökonomisch nicht mithalten konnten, ist der wichtigste Gegenstand der Untersuchung.

Es fragt sich: Unter welchen Bedingungen wäre es überhaupt möglich gewesen, daß ein sozialistisches Land (oder mehrere) ein imperialistisches Hauptland (oder mehrere) in der Produktion hätte(n) überholen können? Das Wertgesetz garantiert bekanntlich dem Unternehmer mit Produktivitätsvorsprung einen entsprechenden Extraprofit, der den technischen Fortschritt gerade dort beschleunigt. (Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung, dem auch die sozialistischen Staaten unterliegen.) Die Ausbeutung anderer Völker verschaffte den imperialistischen Metropolen ein doppeltes und dreifaches Nationaleinkommen. Dem konnten die sozialistischen Länder nur die eigenen Möglichkeiten - höhere Intensität, volle Ausschöpfung aller Arbeitskraftreserven und längere Arbeitszeit - entgegensetzen. Der erhöhte Einsatz von wissenschaftlicher Leistung, die verstärkte Rationalisierung scheiterten oft genug an der zu geringen Akkumulationskraft. Ein Widerspruch, mit dem der Sozialismus unter den Bedingungen des Kalten Krieges nicht fertig wurde. Er scheiterte nicht an der Unfähigkeit des „Systems" oder einiger Leute.

Hier taucht sofort die Frage auf: Ist der Imperialismus denn ökonomisch nicht zu schlagen? Doch! Der Schlüssel wäre der fortschreitende Entzug der Produktionsmittel und Naturreserven durch Befreiungsbewegungen und sozialistische Revolutionen in weiteren Ländern. Das ist nicht gelungen.

Die Analyse der Ursachen der Niederlage des Sozialismus sollte sich intensiver mit ökonomischen Grundfragen, den ideologischen Aus- und Rückwirkungen im Weltmaßstab befassen. Die Untersuchung von Fehlern und Mängeln beantwortet nicht die Frage, warum die Revolution bis 1970 trotz aller Widerstände und Widersprüche vorankam und warum dann der Opportunismus die Oberhand gewann, was in der Niederlage von 1985/89 endete. Die These vom „inneren Zusammenbruch" des europäischen Sozialismus ignoriert letztlich den weltweiten Klassenkampf. Warum wurde George Bush Ehrenbürger von Berlin?

Norbert Pauligk

Wo kamen in der KPdSU die Wendehals-Kader her?

Über kleinbürgerliche Schimmelpilze

Manche erklären den Verrat der sowjetischen Spitze zur Hauptursache der Restauration. Was kann man hieran bezweifeln? Die Tatsache des Verrats am Sozialismus durch die Jakowlews, Gorba-tschows, Jelzins, und wenn Sie wollen sogar durch die Primakows ist gegeben. Und dennoch erscheint es viel zu riskant und unüberlegt, dies für die Dominante zu halten.

Richtig, die Sowjetunion hat im Großen Vaterländischen Krieg auch deswegen gesiegt, weil der Verrat selten war. Es gab nicht Tausende, die danach strebten, am Wettbewerb um die Besetzung der Posten von Bürgermeistern, Starosten und Gebietsleitern ... teilzunehmen. Unter der Generalität war Wlassow scheinbar der einzige, der sich freiwillig dem angreifenden Gegner ergeben hat; deshalb ist er auch zum Symbol des Verrats geworden. Ebenso unbestreitbar ist, daß die Sowjetmacht erhalten geblieben wäre, hätte es in der KPdSU der letzten Jahre kein Übermaß an „Verrenkungen" gegeben.

Aber wenn wir das Thema „Verrat" berühren, stoßen wir unvermeidlich auf ein äußerst ernstes Problem: Wie sind in Partei und Gesellschaft die Bedingungen für das Vorrücken potentieller Verräter auf der Leiter der Machthierarchie entstanden? Was für Prinzipien bestimmten die Auswahl und Verteilung der Kader? Von hieraus gelangt man direkten Weges zur Analyse der inneren Widersprüche des sowjetischen sozialistischen Systems der 70er und 80er Jahre. Und dann muß man zugeben, daß der Verrat nicht Ursache, sondern Folge, daß er nicht die Hauptdominante der Restauration des Kapitalismus ist.

Das gesellschaftliche Bewußtsein der Zeitgenossen stellt Jakowlew, Gorbatschow und Konsorten vorbehaltlos mit Wlassow in eine Reihe. Aber sobald wir die Ursachen der kapitalistischen Restauration auf ihren Verrat reduzieren, werden wir unvermeidlich dem Marxismus-Leninismus untreu und gleiten dem Wesen nach in subjektiven Idealismus mit seiner These von der führenden Rolle einzelner Persönlichkeiten in der Geschichte ab.

Wir sind auch übereifrig, wenn wir auf dem Verrat der politischen Wendehälse herumreiten. Nicht dadurch, daß wir es mit der Kritik an ihre Adresse übertrieben - für ihre Missetaten ist das Wort „Schande" noch viel zu wenig -, aber dadurch, daß wir gewissermaßen die Verbrechen der Ausbeuterklasse in den Schatten stellen. Sogar das meetinghafte „ Die Jelzinbande vor Gericht!" klang gerecht, war aber ungenügend, weil daneben die entrüstete Losung gegen die Klasse der Bourgeoisie fehlte.

Wir müssen auch ernstlich darüber nachdenken, ob uns nicht das Thema „Oligarchen" aufgedrängt worden ist. Schon allzu oft betrachten wir sie als sich selbst genügende Kraft, aber nicht als Gipfel der bourgeoisen Klasse. Die Garnitur der Oligarchen hat sich mindestens zur Hälfte erneuert, aber wir wiederholen hartnäckig denselben einstudierten Namen. Und das ist günstig für die Bourgeoisie. Ich halte es durchaus für möglich, daß sich Rußlands Großkapital bei der linken Opposition auch noch das Thema des Verrats ausborgen wird. Dem Volk beginnt man einzuhämmern: Schuld ist nicht der Kapitalismus, nicht die liberale „Demokratie", sondern der Verrat an deren Idealen durch Jelzin, Beresowski, Tschubais ...

Ich denke, es ist unmöglich, eine Antwort zu finden, ohne einige Veränderungen in der sozialen Struktur der Gesellschaft zu durchdenken. Zu Beginn will ich bemerken, daß die antisozialistische Konterrevolution auf dem Gewissen der vierten Generation der Sowjetmenschen lastet. Schon der vierten, deren Weltbild und Verhalten physisch die zwei ersten heroischen Generationen nicht berichtigen konnten. Die eine von ihnen, die die sozialistische Wahl für Rußland getroffen hatte, war ernstlich an den Fronten des Bürger- und des Vaterländischen Krieges gelichtet worden, bei ihr geschah das „Ausjäten" durch die Repressionen der 30er Jahre. Aber die, die diese Schläge überlebt hatten, erwiesen sich als wahre Bolschewiki. Sie sind jedoch gegen Mitte der 80er Jahre infolge Alters weggestorben. Alles in allem, es handelt sich um die vierte Generation, die in sich auch Menschen einschloß, die die „lebensvollen Berichte" nächster Verwandter gehört hatten, welche gegen die Sowjetmacht kämpften, eine Niederlage im Bürgerkrieg erlitten, aber sich nicht damit abfanden. Richten Sie die Aufmerksamkeit auf die heutigen Pseudodemokraten! Wieviele von ihnen prahlen jetzt mit ihrer adligen Abstammung! Vielleicht gibt es noch mehr von denen, die stolz sind, daß ihre Großväter erbittert gegen die Sowjetmacht gekämpft haben, daß sie - wenn nicht Weißgardisten -, so doch Unternehmer, Bankiers, Kulaken, Trotzkisten usw. gewesen sind. Indessen hat die KPdSU der letzten Jahre selbst die Möglichkeit des Klassenkampfes in der Sowjetgesellschaft zurückgewiesen. Die gerechte Kritik an den unbegründeten Repressionen und anderen Überspitzungen beim sozialistischen Aufbau ist zur Diskreditierung des klassenmäßigen Herangehens, zur Verleumdung der revolutionären Dialektik beim Durchdenken unseres nicht einfachen Nachoktoberweges ausgenutzt worden. Wir sind zu leichtfertig an das Wachsen der kleinbürgerlichen Elemente und der Spießerwerte in der realen Sowjetwirklichkeit herangegangen. Indessen forderte die Geschichte selbst Ausgewogenheit und Wachsamkeit. Die sozialistische Revolution wurde in einem Lande vollzogen, wo die Kleinbourgeoisie 1917 bis zu 80 % der Bevölkerung verkörperte. Sogar vor dem Großen Vaterländischen Krieg machte die Arbeiterklasse kaum ein Drittel der Sowjetgesellschaft aus. Die historische Frist war offensichtlich nicht ausreichend, um aus dem ehemaligen Kleinbürgertum die Embryonen des Besitzstrebens zu verdrängen und auszumerzen. Als Folge dessen hat der Schimmelpilz des Spießertums begonnen, sich auch innerhalb der Partei auszubreiten. Vetternwirtschaft, Gaunerei, Vorwärtskommen durch Beziehungen, Speichelleckerei, nicht durch Arbeit erworbene Einkünfte - alles Metastasen des Kleinbürgertums - wirkten zersetzend sowohl auf die KPdSU als auch auf die Gesellschaft. Auf diesem Boden entstand eine Schicht von Kadern, die sich während der Konterrevolution 1991 und der nach ihr beginnenden Restauration des Kapitalismus als Wendehälse, als Verräter an der Sache des Sozialismus offenbarten. Als 1987-1988 die Mannschaft Gorbatschows begann, im Lande „neue" Kooperativen einzuführen - ihrem Wesen nach zweifellos bourgeoise -, da lag der „menschliche Faktor" schon in Bereitschaft (obwohl er die absolute Minderheit bildete), um diese antisozialistischen Mechanismen von oben ins Leben umzusetzten. Faktisch war der beschleunigte Prozeß des Entstehens der künftigen Kapitalisatoren angelaufen. Es ist kein Wunder, daß sich die Herren der „neuen" Kooperativen und die gestrigen „Schattenunternehmer" darum sorgten, ein zuverlässiges politisches Mittel zur Verteidigung ihrer Interessen zu finden. Es ist kein Zufall, daß sie es in der „Perestroika" fanden. Die inneren Widersprüche der Sowjetbasis haben in der zweiten Hälfte der 80er Jahre zur Umverteilung der Kräfte der Wirtschaftsformen, zur Verdrängung des sozialistischen Eigentums vom „magistralen Weg zum Straßenrand" geführt. Der Kalte Krieg hat keineswegs diese zerstörerischen Erscheinungen hervorgebracht. Aber er hat von den sozialistischen Kräften gewaltige Ressourcen abgezogen, die man für die Lösung der objektiven Widersprüche zugunsten der progressiven Komponente der Sowjetgesellschaft rationell hätte nutzen können. Er bremste die Bewältigung der sozialökonomischen Probleme in der Sowjetunion und in der ganzen sozialistischen Gemeinschaft. Er bewässerte den Boden für das Kleinbürgertum einheimischer Herkunft. Sowjetmacht und KPdSU, die ideologische Gleichgültigkeit offenbarten, zogen - ohne ihren Willen - die Reserven von Agenten des westlichen Einflusses in der UdSSR groß. Diese fanden ihrerseits ohne Mühe Seelenverwandte im verspießerten Partei- und Staatsapparat. ❑

Aus dem Artikel „Was ist der Hauptfaktor der Restauration des Kapitalismus?" von **Prof. Dr. Viktor Truschkow,** Mitglied des ZK der KPRF, in „Prawda Rossiji" Nr. 43,44,45/99

Übersetzung: ***Eberhard Bock***

Dokumentiert:

Familie Putin über ihre DDR-Jahre

Auf der Grundlage von Gesprächen mit Wladimir Putin und seiner Frau Ludmila verfaßten drei russische Journalisten in aller Eile eine Biographie des neugewählten Präsidenten, die allerdings bislang öffentlich nicht erhältlich ist - wie es heißt, „auf Intervention der Regierung".
„RotFuchs" dokumentiert aus diesem Buch Passagen über das Leben der Putin-Familie in der DDR.

W. Putin: Nach 10jähriger Tätigkeit im KGB kamen wir 1985 in die DDR, nach Dresden, von wo wir 1990 - nach dem Fall der Mauer - wieder zurückkehrten.
L. Putina: Als wir nach Dresden kamen, hatte ich die Universität bereits absolviert. Mascha war ein Jahr alt. Wir erwarteten unser zweites Kind: Katja wurde in Dresden geboren. Wir wohnten in einem Haus der deutschen Sicherheit - der Stasi. Die Nachbarn wußten, wo wir arbeiten, und wir wußten, wo sie arbeiten.
Autoren: Das Leben in der DDR war sicher besser als in Petersburg?
W. Putin: Ja. Wir kamen aus einem Rußland mit Schlangen und Defiziten, aber hier gab es von allem viel. Hier nahm ich 12 Kilo zu. Jetzt wiege ich wieder 75 Kilo.
L. Putina: Manchmal trafen wir uns abends bei uns. Es kamen Freunde von der Arbeit, auch Deutsche. Es ging immer sehr ungezwungen zu. An freien Tagen machten wir mit der ganzen Familie Ausflüge in die Umgebung Dresdens, wo es viele schöne Plätzchen gibt.
W. Putin: Während meiner Tätigkeit in der DDR wurde ich zweimal befördert. Außerdem war ich Mitglied der Parteileitung der KGB-Vertretung. Ich kann nur lachen, wenn ich heute lese, ich hätte in westlichen Ländern Agenten angeworben. Es gab keine Operationen außerhalb des Gesichtskreises der zuständigen DDR-Organe, in unserem Fall der Staatssicherheit.
L. Putina: Natürlich unterschied sich das Leben in der DDR sehr von unserem: Saubere Straßen, geputzte Fenster, ein reiches Warenangebot; sicher nicht so wie in Westdeutschland, aber eben besser als in Rußland... Als die Berliner Mauer fiel und klar wurde, daß dies das Ende wäre, war es ein schlimmes Gefühl, daß ein Land, das dir fast zur zweiten Heimat geworden war, bald nicht mehr existieren würde.
W. Putin: Das MfS der DDR war ein Teil der Gesellschaft und durchlitt die gleichen Krankheiten wie diese. Dort arbeiteten verschiedene Leute, aber die, welche ich kannte, waren anständige Menschen. Mit vielen unterhielt ich freundschaftliche Beziehungen. Daß sie jetzt unterschiedslos verfolgt werden, halte ich für ebenso falsch wie das, was das System des MfS der DDR gegenüber Bürgern der ostdeutschen Gesellschaft praktiziert hat. Vielleicht gab es unter den MfS-Mitarbeitern auch solche, die sich mit Repressalien befaßten. Ich habe das jedenfalls nicht erlebt...
Wir haben alles vernichtet, alle unsere Verbindungen, alle Kontakte, unser gesamtes Mitarbeiternetz stillgelegt. Ich persönlich habe eine große Menge Material verbrannt. Wir verbrannten soviel, daß der Ofen beinahe zu explodieren drohte. Tag und Nacht. Das Wichtigste wurde nach Moskau expediert. Doch alle operativen Vorgänge waren bedeutungslos geworden. Alle Kontakte wurden abgeschaltet, die Arbeit mit den Informationsquellen aus Sicherheitsgründen eingestellt. Das war's. Amen.
Autoren: Und wann wurde damit begonnen?
W. Putin: Ende 1989, als der Angriff auf das MfS begann und wir befürchteten, daß sie auch zu uns kommen könnten.
(Nach „Russkij Berlin", Nr. 12/2000)
Übersetzung: **Ernst-Otto Schwabe**

Ein Wort für die Gefallenen des Belgrader RTS-Senders

Gedenken im April

Um deine Nachbarn zu überfallen
Brauchst du Öl, Räuber.
Wir aber hausen an der Straße
Die zum Öl führt.
Deine Nase aus dem Tank hebend
Nach Öl zu schnüffeln
Hast du unser kleines Land gesehen.
(...)
Dann kamen deine Bomben und die Löcher
Im Boden waren größer als unsere Häuser
Gewesen waren.
Bertolt Brecht, Bericht der Serben

Für die Menschen Jugoslawiens ist jeder dieser Frühlingstage ein Tag des Gedenkens. Auch hierzulande wurde vieles zum 1. Jahrestag des NATO-Überfalls gesagt, vieles geschrieben zur Verurteilung der feigen Aggression. Zahlreiche Aktionen fanden statt. Das war gut und notwendig, auch wenn es viel zu wenige waren. Wie vor einem Jahr 87 Tage lang zogen bei uns in Hamburg am 24. März weit über 1000 Demonstranten trotz strömenden Regens auf der „traditionellen Route" durch die Innenstadt - unter der Mehrheit jugoslawischer Teilnehmer sah man jetzt auch erfreulich viele deutsche Gesichter. Und aus den Reden sprach, was manche Grüne mit Blick auf Wähler, manche „demokratischen Sozialisten" mit Blick auf künftige Koalitionspartner angesichts vermeintlich wiedereingekehrter Normalität und „Der-Krieg-ist-vorbei"-Rhetorik zu vertuschen suchen: Dieser Krieg war keine Ausnahme und er ist nicht vorbei. Er bleibt Normalität. Jeder Tag des Embargos gegen Jugoslawien, jeder Tag im NATO-besetzten Kosovo, an der KFOR-Demarkationslinie und in Montenegro zeigen das. Seit dem 24. März 1999 ist der Satz, nie wieder dürfe von deutschem Boden Krieg ausgehen, nichts als Geschichte. Er wurde zur Makulatur. Seither ist es notwendig festzustellen, daß es bei Existenz der DDR diesen Krieg nie gegeben hätte, und daß die Losung Karl Liebknechts nichts von ihrer Aktualität eingebüßt hat: Der Hauptfeind steht im eigenen Land - nieder mit dem Krieg!
Über acht Jahrzehnte nach jenem Tag, an dem Karl Liebknecht fast allein seine Stimme gegen die Heerscharen reaktionärer und sozialdemokratischer Lügner erhob, stehen wir gegen das Lügenmonopol der NATO. Am 23. April 1999 sollte es mit einem Angriff auf den jugoslawischen Rundfunk- und Fernsehsender RTS total werden. Mitten in die Nachrichtensendung hinein trafen NATO-Raketen das zentrale Sendehaus in Belgrad und zerstörten es zum Teil. 16 Journalisten und Techniker fielen während ihres Dienstes. Den Raketen und Bomben folgten Anschläge auf weitere Sender, die rechtswidrige Ausschließung der RTS von einem Übertragungssatelliten, der Einsatz starker NATO-Störsender, die „Deutsche Welle" rund um die Uhr, unzählige mit D-Mark und Dollar aufgezogene „unabhängige" Stationen der landesverräterischen Kräfte - alles zur Durchsetzung jener „Meinungs- und Informationsfreiheit", die die NATO angeblich im Auge hat. RTS ist dennoch nicht verstummt, weder für die Menschen in Jugoslawien noch über seine Grenzen hinaus. In deutscher Sprache wird täglich von 18.30 bis 19.00 Uhr MEZ auf der Kurzwelle 6100 kHz ein Programm ausgestrahlt.
Gedenken wir der Mitarbeiter des Senders, die am 23. April vergangenen Jahres ihr Leben im Kampf gegen das weltweite Diktat der Lügner gaben. In ihrem Sinne zu arbeiten und nicht nachzulassen im Widerstand gegen den imperialistischen Krieg und seine Goebbels'schen Propagandakompanien, ist uns Verpflichtung.

Werner Hoppe

Israels Kommunisten wieder bei Marx und Lenin

Am Beginn steht das Programm

Wie wir in unserer März-Ausgabe (Nr.26) berichteten, hat sich in Israel am 22. Dezember 1999 eine neue marxistisch-leninistische Partei unter der Bezeichnung Israelisches Kommunistisches Forum gegründet. Die Initiative dazu wurde von einer Reihe bekannter nationaler und regionaler Führer der KPI ergriffen, die mit dem Kurs ihrer bisherigen Partei nicht übereinstimmen. Unter ihnen befinden sich Micha Vilner - der Sohn des langjährigen KPI-Generalsekretärs Meir Vilner - und der international bekannte kommunistische Journalist Hans Lebrecht. Die Parteigründer wurden von der KPI-Zentrale als „Linksopportunisten" und „Stalinisten" bezeichnet. Das Programm der neuen Partei - ihre Geburtsurkunde - ist inzwischen weltweit verbreitet worden.

Mit unserem Bericht übermitteln wir den jüdischen und arabischen Kommunisten des Forums unseren herzlichen Glückwunsch zu dem von ihnen gefaßten Beschluß.

Während die Mehrheit der KPI-Mitglieder vorerst noch in der alten Partei organisiert ist, machen sich viele Genossen Sorgen über deren Niedergang, der auch im Knesseth-Wahlergebnis von 1999 (Verlust von 2 der bisher 5 Mandate) zum Ausdruck kam.

Im Programm - es ist in sechs Hauptkapitel gegliedert - wird zunächst die politische Lage in Israel eingeschätzt. Nach der Abwahl der extrem reaktionären Netanyahu-Regierung ist das rechtssozialdemo-kratische Kabinett Ehud Baraks ans Ruder gekommen, dessen trickreicher und widerspruchsvoller Kurs keinerlei Illusionen zulasse. Die derzeitige Politik knüpfe in vielen Fragen an die verflossene an. Barak suche sich den Abmachungen des Wye Agreements mit den Palästinensern zumindest teilweise zu entziehen. Demgegenüber fordert das Forum den Rückzug Israels aus allen seit dem Junikrieg von 1967 besetzten arabischen Territorien - einschließlich der Golan-Höhen und Süd-Libanons. Es tritt für einen Palästinenserstaat im Jordanland und im Gaza-Streifen mit der Hauptstadt Ost-Jerusalem ein.

Der zweite Abschnitt des Programms ist den Arabern des Landes gewidmet, deren nationale Minderheit 900 000 Menschen umfaßt und 18 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. 40% von ihnen - doppelt soviel wie der Landesdurchschnitt - leben unterhalb der offiziellen Armutsschwelle. Im Kampf gegen die Diskriminierung der Araber Israels hätten die KPI und die 1977 gegründete Linksfront Hadash eine herausragende Rolle gespielt.

Bei der Einschätzung der internationalen Situation wird die „barbarische Attacke auf Jugoslawien" scharf verurteilt und auf die „verbrecherische Kampagne der von den USA und Deutschland angeführten Westmächte" verwiesen, „Nationen aufzuspalten und die territoriale Integrität von Staaten zu mißachten".

Eindeutig stellt sich das Forum hinter die von der KPI abgelehnten Erklärungen der beiden Athener Beratungen kommunistischer und Arbeiterparteien, die auf Initiative der KP Griechenlands (KKE) zustandegekommen waren.

Zur Lage in der internationalen kommunistischen Bewegung wird festgestellt, die vielen Voraussagen hätten sich nicht bestätigt, mit dem Fall des Sozialismus in Europa würden die kommunistischen Parteien zusammenbrechen oder gar verschwinden. Sie bestünden weiterhin in zahlreichen Ländern der Welt, hielten die marxistisch-leninistische Ideologie hoch und suchten sie, den spezifischen Bedingungen und den wechselnden Verhältnissen anzupassen. Nach wie vor gebe es eine Anzahl sozialistischer Staaten - darunter das besondere Solidarität verdienende Cuba -, deren Errungenschaften und Erfahrungen enorme Bedeutung besäßen. In Rußland seien die Kommunisten stärkste Partei, auch wenn ihr Kampfesweg sicher noch lang und kompliziert ist.

Zur Krise der KPI verweist das Dokument auf eine Verkettung objektiver und subjektiver Ursachen. Auslöser seien die mit der Niederlage des Sozialismus eingetretenen weltweiten Schwierigkeiten. Zugleich wachse unter Funktionären der Partei die Tendenz, materielle persönliche Vorteile (nicht länger an die Partei abzuführende Diäten u.ä.) über Prinzipien und Ideologie zu stellen. Ungerechtfertigte Bündnisse und Allianzen würden eingegangen, faule Kompromisse gemacht. Die kommunistische Politik sei durch die derzeitigen KPI-Führer ihres revolutionären Inhalts entleert worden. Zugleich versuchten diese gerade jene Mitglieder aus der Partei zu vertreiben, die sich den liquidatorischen Tendenzen entgegenstellten. Vor dem im Grunde illegalen XXIII. Parteitag habe man sogar die gewählten Leiter einzelner nicht botmäßiger Parteigliederungen auf administrativem Wege aus ihren Funktionen entfernt. Als besonders negativ erweise sich die Schließung der beiden KPI-Zeitschriften „Arachim" (hebräisch) und „A-Darb" (arabisch), die eine Fülle von Informationen geliefert und als einzige eine beharrliche ideologische Erziehungsarbeit geleistet hätten. Die Preisgabe des sozialistischen Internationalimus in der Terminologie der KPI nehme zu. Dieser habe in Israel einen beharrlichen Kampf gegen die zionistische Ideologie und Praxis zur Voraussetzung. In jüngster Zeit seien zahlreiche Publikationen herausgekommen, die den Gegnern des Zionismus neue Möglichkeiten zur Bloßstellung der finsteren Punkte in der Geschichte Israels und des Zionismus böten.

Das Programm des Forums schließt mit knappen und prägnanten Darlegungen zum sozialistischen Ziel der neuen Partei. Klar ist dabei die Abgrenzung von der Verächtlichmachung des Sozialismus in der UdSSR und Osteuropa durch die KPI-Führung, die den dort durchlebten revolutionären Prozeß von Anfang bis Ende als Kette von Verbrechen und Deformationen sehe. Natürlich würden Fehler und Entstellungen nicht geleugnet; es müsse jedoch jenen entschieden widersprochen werden, die die großen Errungenschaften dieser Länder in Abrede stellten und - wie die gegenwärtigen KPI-Führer - sogar behaupteten, in Europa habe es „nie sozialistische Staaten gegeben"

Nach einer marxistisch exakten Definition des Sozialismus-Begriffs heißt es: „Wahre Demokratie muß nicht nur politisch, sondern auch - und in erster Linie - sozialökonomisch sein." Die „Scheidelinie zwischen Kapitalismus und Sozialismus" könne nicht durch bloße „Ausdehnung" der „Bourgeois-Demokratie", hinter der man dann den „Sozialismus" erreiche, überschritten werden. „Sozialismus ist ein neues und völlig andersartiges soziales Regime."

S. R.

Lenin: Der Antisemitismus

Antisemitismus nennt man die Verbreitung der Feindschaft gegen die Juden. Als die verfluchte Zarenmonarchie ihre letzten Stunden erlebte, versuchte sie, die unwissenden Arbeiter und Bauern gegen die Juden aufzuhetzen. Die Zarenpolizei, im Bunde mit den Gutsbesitzern und Kapitalisten, organisierte Judenpogrome. Den Haß der von der Not zermürbten Arbeiter und Bauern gegen die Gutsbesitzer und Ausbeuter bemühten sie sich, auf die Juden zu lenken. Auch in anderen Ländern erlebt man oft, daß die Kapitalisten Feindschaft gegen die Juden entfachen, um den Blick des Arbeiters zu trüben und abzulenken von dem wirklichen Feind der Werktätigen, dem Kapital ...

Nicht die Juden sind die Feinde der Werktätigen. Die Feinde der Arbeiter sind die Kapitalisten aller Länder.

Unter den Juden gibt es Arbeiter, Werktätige, sie sind die Mehrheit. Sie sind unsere Brüder, unsere Genossen im Kampf für den Sozialismus, weil sie vom Kapital unterdrückt werden.

Unter den Juden gibt es Kulaken, Ausbeuter, Kapitalisten wie auch unter uns allen. Die Kapitalisten sind bemüht, Feindschaft zwischen den Arbeitern verschiedenen Glaubens, verschiedener Nationen, verschiedener Rassen zu entfachen. Die reichen Juden, wie auch die reichen Russen und die Reichen aller Länder, alle miteinander im Bunde, zertreten, unterdrücken und spalten die Arbeiter.

Schmach und Schande dem verfluchten Zarismus, der die Juden peinigte und verfolgte. Schmach und Schande dem, der Feindschaft gegen die Juden, der Haß gegen andere Nationen sät!

Es lebe das brüderliche Vertrauen und das Kampfbündnis aller Nationen zum Kampf für den Sturz des Kapitals.

(Die Pogromhetze gegen die Juden. Gesprochen 1919 für Schallplatten)

Spanien: Hoher Preis für Selbstverstümmelung

Gründe einer Schlappe

Bei den Parlamentswahlen, die Mitte März in Spanien stattfanden, hat die Vereinigte Linke (Izquierda Unida - IU), die erstmals mit der sozialdemokratischen PSOE auf nationaler Ebene im Wahlbündnis auftrat, eine schwere Niederlage erlitten. Sie verlor 13 ihrer bisher 21 Sitze und fast die Hälfte der Stimmen. Die PSOE büßte 16 Mandate und einen Wähleranteil von 3,9 Prozent ein. Strahlender Sieger wurde die „konservative" Volkspartei (PP) von Premier Aznar, die nun über eine absolute Mehrheit im Kongreß verfügt und nicht länger auf die Allianz mit regionalen Rechtsnationalisten angewiesen ist, obwohl sie nur 44,5 Prozent der Stimmen einfuhr.

IU-Spitzenkandidat Francisco Frutos, der mehrere Jahre Generalsekretär der Sozialistischen Einheitspartei Kataloniens (PSUC) gewesen war, 1998 als Nachfolger des als „roter Kalif" bekannten Julio Anguita die Führung der KP Spaniens (PCE) über- und nach Anguitas drittem Herzinfarkt Ende 1999 auch dessen Platz auf der IU-Liste eingenommen hatte, versuchte sich mit einer „pragmatischen" Lösung zu profilieren. Das aber ging gründlich daneben. Nach Meinung des Madrider ND-Korrespondenten reagierte der PCE-Generalsekretär und IU-Spitzenmann „brilliant", als er ein Wahlbündnis genanntes „Übernahmeangebot" der rechtssozialistischen PSOE-Zentrale nicht nur annahm, sondern dafür auch noch die eigenständigen Positionen der Kommunisten glatt abräumte. „Grundsätzliche programmatische Stolpersteine wie NATO-Mitgliedschaft und Europapolitik ... wurden aus dem kurzfristigen Programm verbannt", lächelte der ND-Kommentator. „Geholfen hat es nichts", fügte er ernst hinzu.

Der als Bündnis der „Linksparteien" ausgegebene Schmuse- und Annäherungskurs von PSOE und PCE hat in Wahrheit nur den Rechten genützt: Besonders hartleibige Antikommunisten unter den PSOE-Anhängern stimmten diesmal für die PP Aznars oder blieben zu Hause, weil sie das „Gespenst einer Volksfront" schaudern machte; viele kommunistische und linkssozialistische Wähler aber übten Abstinenz, da sie den Braten des Kuschens der IU-Spitze vor der übermächtigen PSOE schon von weitem rochen.

Die traurigen Vorgänge in Madrid, die zum Desaster der spanischen Kommunisten beitrugen, erinnern an den Abstieg der Französischen KP, der 1974 damit begann, daß sich die damals noch mächtige Partei von Georges Marchais in ein Wahlbündnis mit der zu jener Zeit äußerst schwächlichen SP begab. Die Sozialisten kauften sich einen gängigen bürgerlichen Politiker - François Mitterand - ein und machten ihn buchstäblich über Nacht zu ihrem 1.Sekretär. Der wurde dann bald darauf gemeinsamer Präsidentschaftskandidat von FKP, SP und Linken Radikalen. Im zweiten Anlauf zog er in den Elysée-Palast ein.

Nachdem die Kommunisten als Lokomotive für Mitterand gedient und ihn zum mächtigsten Mann Frankreichs mit hochgehievt hatten, ging ihnen selbst der Dampf aus. In der ersten Koalitionsregierung mit der SP nutzten sie sich ab und wurden schließlich im Kriegskabinett von Jospin verheizt.

Natürlich liegen die Verhältnisse in Spanien völlig anders. Allein - die Schlappe der IU bei den jüngsten Kongreßwahlen beweist einmal mehr: Prinzipienlose Unterordnung unter rechtssozialdemokratische Partner - Bündnispolitik um jeden Preis - bringt nicht nur Gesichtsverlust, sondern führt geraden Weges in die Selbstverstümmelung.

R. F.

Korrespondenz aus Valencia

Nach einem „spannenden" Wahlkampf, gepragt von Programmlosigkeit und dem Fehlen politischer Themen, wettgemacht durch Versprechungen an alle und jeden und wiederholte Beteuerungen, „Wir machen's besser - wählt uns", war vielen der Ausgang egal. Oder: 32 % kapitulierten vor „der Qual der Wahl" und enthielten sich.

Aufhorchen, besser, Erstaunen kam lediglich auf, wenn historische Vergleiche bemüht wurden. So verglich Frutos, Spitzenkandidat der Izquierda Unida (IU), die jetzigen Wahlen gar mit denen vom Februar 1936, die das Tor zur Volksfront aufgestoßen hatten. Ein schwer verdaulicher Vergleich! Was hat die gesellschaftliche Realität heute mit der damals in Spanien zu tun? Daß der Reichtum immer noch ungleich verteilt ist? Daß es immer noch Analphabeten gibt? Und zunehmend mehr, zwar nicht im Versagen beim Lesen und Schreiben, sondern im Denken, das im Zeitalter der Hightech-Revolution durch Computerprogramme ersetzt wird - seinerzeit ging es um eine andere Revolution. Und dieses Bündnis zwischen Sozialisten und Kommunisten hieß 1936 auch anders - Volksfront. Von vornherein setzte das unvergleichliche Akzente zugunsten des Volkes und dementsprechend nahmen viele Spanierinnen und Spanier diese Front ernst und in ihre Hand.

Die Grundlage des Wahlpaktes zwischen PSOE und IU waren keine Reformen für Veränderungen in der Gesellschaft, sondern rein merkantile Interessen; es ging um Macht- und Pöstchenerhalt. Oder vornehmer ausgedrückt, wie die „Neue Zürcher Zeitung" einen Tag vor der Wahl schrieb: „Die neue Generation pragmatischer Politiker ist angetreten. Pragmatismus heißt: Eine Weltanschauung, die die Wahrheit von Ideen und Theorien nur an ihrem Erfolg mißt." Wo und wann die 1984 als Brennpunkt der Linken gegründete Izquierda Unida mit der PCE (Partido Comunista) als Führungspartei ihr politisches Bewußtsein als radikale Linke über Bord warf, würde hier zu weit führen. Jedenfalls wollte sie noch vor einem Jahr den damaligen NATO-Generalsekretär und früheren Minister in PSOE-Regierungen, Solana, wegen der Aggression gegen Jugoslawien vor Gericht bringen.

Die PSOE (Partido Socialista Obrero Español) war die Partei, welche Spanien aus der sogenannten Transición (Übergangszeit nach Francos Tod 1975) in die hier bis heute gültigen Gesellschaftsstrukturen hineindrückte. Sie bot sich dem spanischen Volk Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre als Alternative gegen die Integration in die NATO an. Kaum war die PSOE 1982 Regierungspartei, da begann sie schon, alles zu verraten, womit sie angetreten war. Am deutlichsten wurde dieser Verrat durch den NATO-Beitritt Spaniens gegen den Willen des Volkes. Tatkräftig unterstützte der Westen diese spanische sozialdemokratische Variante; besonders die BRD erwies ihre „Hilfe". Geheimdienstgespeiste „Reptilienfonds" zur Verhinderung jeglicher Linksentwicklung auf der Iberischen Halbinsel standen bereit. Die 14jährige Regierungszeit der PSOE war mit Skandalen gespickt: Mord im Staatsauftrag (ausgeführt von der staatlichen Terrorgruppe Gal, an der die spanische Justiz bis heute herumkaut), Unterschlagungen, persönliche Bereicherung jeglicher Couleur, um nur den Gipfel des Eisbergs zu benennen. So ist die PSOE bis heute in den Augen großer Teile des Volkes diskreditiert. Das haben alle demagogischen Hohlheiten nicht zu ändern vermocht.

Isolda Bohler

Ehrenvorsitzender Gus Hall gab Staffelstab weiter

Neue Führung der KP der USA

Am 4. März hat das Nationalkomitee der KP der USA auf einer Tagung in New York den langjährigen Nationalen Vorsitzenden Gus Hall zum Ehrenvorsitzenden der Partei gewählt. Es bestätigte eine deutlich verjüngte Führung mit dem erprobten KP-Funktionär Sam Webb als neuem Nationalen Vorsitzenden, berief den Afroamerikaner Jarvis Tyner zum ersten Stellvertreter Webbs und die Puertoricanerin Elena Mora zur Org.-Sekretärin. Zur Parteispitze gehören weiterhin die USA-Bürgerin mexicanischer Abkunft Evelina Alarcon aus Süd-Kalifornien, Lee Dlugin (Internationale Arbeit), Judith LeBlanc (Produzentin der Kabel-TV-Show „Amerika ändern!"), der Verantwortliche für Gewerkschaftsfragen Scott Marshall (Mittelwesten) und Schatzmeisterin Esther Moroze.

Sam Webb verwies in seinem Bericht auf die grandiose Aktion der 40 000 Amerikaner, die am Ende des 20. Jahrhunderts den Welthandelsgipfel in Seattle lahmgelegt und mit der Kraft des Massenwiderstandes konfrontiert hatten. In einer bewegenden Rückschau auf große Klassenkämpfe in den USA würdigte er die Leistungen der Parteigenerationen der 30er und 40er Jahre, die die Gewerkschaftszentrale CIO mit aufgebaut und gegen den Faschismus gekämpft hatten. Er dankte Gus Hall, der jetzt mit Hilfe anderer Genossen ein Buch über die Periode seit 1980 schreiben will, für sein 40jähriges verdienstvolles Wirken an der Spitze der KP. „Es stimmt, daß Gus und seine Generation kommunistischer Führer uns geformt haben", sagte er. Webb legte den Akzent auf Kollektivität und eine demokratische Atmosphäre in der Partei und ihrer Leitung, auf Teamwork und frisches, ausgewogenes Denken, auf Einheitlichkeit im Handeln. Die neue Führung der Partei werde ihren eigenen Stil finden und durch ihre eigenen Erfahrungen sowie durch die Bedingungen am Beginn des neuen Jahrhunderts geprägt sein. Weitere Veränderungen der Funktionärsstruktur der KP müßten dem Parteitag im Frühjahr 2001 vorbehalten bleiben. Die Lage in den USA sei durch einen Rückgang der faschistoiden Gefahr gekennzeichnet. Der vor allem um die Republikanische Partei gescharte rechte Flügel habe an Boden verloren. Es komme jetzt darauf an, ihm bei den Wahlen des Jahres 2000 ein Waterloo zu bereiten.

S. R.

Newly elected officers of the CPUSA are, left to right, bottom row: Evelina Alarcon, Sam Webb, Jarvis Tyner, Judith LeBlanc; top row: Elena Mora, Esther Moroze, Lee Dlugin. Not pictured is Scott Marshall.

KPRF grüßt Frankreichs Kommunisten

Antwort auf eine Ausladung

Die Führung der Französischen Kommunistischen Partei hat die Delegation der KP der Russischen Föderation zum unlängst durchgeführten XXX. Parteitag der FKP ausgeladen. Das Präsidium des ZK der KPRF richtete daraufhin ein Grußschreiben der russischen Kommunisten an die Delegierten des Parteitags und alle Mitglieder der FKP, aus dem wir im folgenden zitieren.

... Wir hoffen, daß es die französischen Kommunisten, indem sie sich auf die Geschichte und die Traditionen der Arbeiterbewegung Frankreichs stützen, verstehen werden, die Eigenart und das revolutionäre Wesen der FKP zu verteidigen und ihre Organisationsprinzipien zu bewahren ...

Unsere Parteien arbeiten unter verschiedenen Bedingungen, sie lösen, ausgehend von der konkreten historischen Situation, auf unterschiedliche Weise ihre strategischen und taktischen Aufgaben. Zwischen FKP und KPRF können natürlich Meinungsverschiedenheiten bei der Einschätzung dieser oder jener Erscheinungen aufkommen. Dennoch meinen wir, daß Unterschiede in den Ansichten und entstehende Meinungsverschiedenheiten den kameradschaftlichen Dialog und die Zusammenarbeit auf der Grundlage der Prinzipien der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Freiheit der Wahl des Weges und der gegenseitigen Solidarität nicht behindern können und sollen. Unsere Partei bleibt dieser Position unwandelbar treu.

Die russischen Kommunisten sind über den Beschluß der Führung der FKP erstaunt, die Einladung einer Delegation der KPRF zum XXX. Parteitag aufzuheben, um so mehr als das zu einem äußerst verantwor-tungsschweren Zeitpunkt erfolgte - auf dem Höhepunkt der Präsidentschafts-wahlkampagne in Rußland, an der unsere Partei sehr aktiv beteiligt war. Anders als einen Schlag in den Rücken kann man diesen Beschluß nicht bezeichnen.

Die KPRF bekundet ihre unwandelbare Solidarität mit den französischen Kommunisten. Wir sind fest davon überzeugt, daß die Entwicklung gegenseitig vorteilhafter Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich den langfristigen Interessen des Friedens, der Stabilität und Sicherheit in Europa sowie den Erwartungen der Völker beider Länder entspricht.

Wir wünschen Ihrem Parteitag eine erfolgreiche Arbeit, die Stärkung der Positionen der FKP in der gegenwärtigen französischen Gesellschaft.

Übersetzung: **Eberhard Bock**

Kanadas „Mounties" bereiteten Massenfestnahmen vor

Verhaftungslisten und Internierungslager

Nach Ablauf der Geheimhaltungsfrist ist in Toronto jetzt ein Plan der Royal Canadian Mounted Police (RCMP) - der auch als „Mounties" bekannten Geheimpolizei des nordamerikanischen Commonwealth-Staates - bekanntgeworden, der zu Zeiten des Kalten Krieges entworfen wurde. Er sah im Falle eines bewaffneten Konflikts mit den Staaten des Warschauer Vertrages die Festnahme und Internierung bekannter Kommunisten samt ihrer Familienangehörigen vor. Damit erreichte die seit Gründung der Partei im Jahre 1921 anhaltende Verfolgung der KP Kanadas, deren anerkannter Führer Tim Buck mehrfach verhaftet wurde und nur knapp einem Mordanschlag entging, ihren Höhepunkt. Der „Internment Plan" wurde in den späten 40er Jahren verabschiedet und erst 1983 offiziell „fallengelassen", nachdem die sogenannte Mac Donald Commission großangelegter Telefon- und Postüberwachung sowie „schmutzigen Tricks", darunter dem Einsatz von „Agentprovocateurs" in der Arbeiter-, Gewerkschafts- und Friedensbewegung, auf die Spur gekommen war. Damals entzog man der RCMP pro forma die nachrichtendienstlichen Befugnisse und übertrug sie einer „Jupenreinen" neuen Behörde - dem Canadian Security and Intelligence Service (CSIS).

Der Internment Plan der „Mounties" ging davon aus, im „Ernstfall" etwa 1 000 Personen - darunter auch 13 Kinder führender Kommunisten unter 11 und 23 zwischen 12 und 16 Jahren festzusetzen. Die Aktion sollte die Code-Bezeichnung „Profunc" tragen und prominente Funktionäre der KP Kanadas betreffen. Alle Arretierten wollte man in drei von anderen Insassen geräumten Bundesgefängnissen in den Staaten Ontario und Alberta konzentrieren. Ausnahmen waren vorgesehen: „Mütter mit Kleinstkindern werden im Bereich des Hospitals der Joyceville Institution untergebracht", zeigten sich die „Mounties" fürsorglich. Doch auch aufs äußerste beschnittene Strafsätze (Wasser und Brot, bei leichterem Karzer zusätzlich Haferflocken und Kartoffeln) waren in einem Lager-Reglement genau festgelegt.

Dabei hatten die Autoren des Planes kaum Zweifel: „Der betroffene Personentyp ist wahrscheinlich weder gewalttätig noch gefährlich oder zur Flucht neigend".

„Finstere Stasi-Pläne"? Von wegen: democracy, made in Canada!

R. F.

Maurice Thorez - „ein Sohn des Volkes“

Am 28. April begehen wir den 100. Geburtstag eines großen Kommunisten und internationalen proletarischen Führers, in dessen Leben und Wirken sich Jahrzehnte heroischen Kampfes der französischen Arbeiterklasse und seiner Partei, der FKP, widerspiegeln: Maurice Thorez. Der 1900 in Noyelles-Godault (Departement Pas-de-Calais) Geborene (gestorben am 11. Juli 1964) trat 1919 der Sozialistischen Partei bei und unterstützte 1920 deren Anschluß an die Kommunistische Internationale; seit 1924 war er Mitglied des ZK der FKP, seit 1925 des Politbüros, seit 1930 Generalsekretär. Thorez wurde mehrfach inhaftiert; auch als Abgeordneter (seit 1932) war er aktiv an der Schaffung der Einheits- und Volksfront gegen Faschismus und Krieg beteiligt.
Um das Kampfbündnis zwischen KPD und FKP zu festigen, besuchte Ernst Thälmann im Oktober 1932 die Pariser Arbeiter und versicherte sie der brüderlichen Solidarität ihrer deutschen Genossen. Thorez erwiderte diesen Besuch und überbrachte in seiner

Ansprache vor den Gräbern von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Friedrichsfelde am 15. Januar 1933 die solidarischen Kampfesgrüße der französischen Arbeiterklasse.

Aufgrund der Ratschläge Georgi Dimitroffs auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale arbeitete Thorez gemeinsam mit anderen Genossen die Grundlinie der neuen Politik der Partei aus (Aktionseinheit der Arbeiterklasse, Kampf um Demokratie gegen die Gefahr des Faschismus u. a.) und führte sie in der Praxis durch. Er leitete nach dem Verbot der FKP durch Daladier (26. 9. 1939) die illegale Arbeit und bereitete den Kampf gegen die faschistischen Okkupanten mit vor; auf Beschluß der Partei emigrierte er 1940 in die Sowjetunion. Nach seiner Rückkehr (1945) stellte er sich an die Spitze der Anstrengungen für die demokratische Erneuerung Frankreichs. 1945/47 war er wiederholt Staatsminister und Stellvertretender Ministerpräsident. Thorez verteidigte die nationale Unabhängigkeit Frankreichs gegen den Druck des Imperialismus, bekämpfte die Pariser Kolonialpolitik in Indochina und Nordafrika und trat für freundschaftliche Beziehungen Frankreichs zur DDR ein.
Unter Leitung von Thorez wurde die FKP zur stärksten Partei Frankreichs.
Walter Ulbricht schrieb anläßlich seines 60. Geburtstages am 28. April 1960 im ND: „Die enge Verbundenheit zu den arbeitenden Menschen, seine überragenden Qualitäten als weitblickender, den Prinzipien des Marxismus-Leninismus treu ergebener Arbeiterführer erwarben ihm beim französischen Volk und in der internationalen Arbeiterbewegung hohe Anerkennung. In seiner Person hat all das Heroische und Revolutionäre, das es im französischen Volk gibt, seine Verkörperung gefunden. Würdig das Erbe der Pariser Kommunarden fortsetzend, gab ihm das französische Volk den Ehrennamen ‚Sohn des Volkes‘.“
Leben und Werk von Maurice Thorez wurden in der DDR u. a. durch zwei Bücher aus dem Dietz-Verlag bekannt: das in mehreren Auflagen erschienene autobiographische Werk „Ein Sohn des Volkes“ (1961 ff.) und „Ausgewählte Werke und Schriften. 1933–1960“ (1962).

W. M.

EU-Kommissar Verheugen unterstützt Auferstehung des Faschismus in Lettland

Der Fall Kononow

„Ich habe nichts einzuwenden, wenn diejenigen, die mit den Besatzern zusammenarbeiteten, im Gefängnis sind“, sagte EU-Kommissar Günter Verheugen auf eine Anfrage zur Verhaftung des Antifaschisten Wassili Kononow in Lettland. Die Meinung des EU-Kommissars ist, daß die sowjetischen Partisanen, die ihre Heimat verteidigten, Besatzer waren; somit sind die faschistische Hitlerarmee und deren örtliche Kollaborateure in den Augen der EU Befreier.
... Im November 1917 wurde in Valka, in dem von Deutschen besetzten Teil Lettlands, die Sowjetmacht proklamiert, im Dezember übernahmen die Sowjets die gesamte Macht und im Januar 1918 formierte sich die Lettische Sozialistische Sowjetrepublik. Sie wurde Anfang 1920 gestürzt. In Lettland entwickelte sich eine bürgerliche Demokratie. Im Mai 1934 erfolgte ein faschistischer Umsturz; im Juni 1940 wurde die daraus hervorgegangene Regierung vom Volk verjagt und am 21. Juli desselben Jahres die Sowjetmacht wiederhergestellt. Am 8. August trat Sowjetlettland in die UdSSR ein. Ein Jahr später wurde die Republik von Hitlertruppen besetzt und gegen Kriegsende von der Roten Armee befreit.
Heute in Lettland: Nach offiziellen Angaben besitzen 26 % der Bevölkerung von 2,4 Mio Menschen keine Staatsbürgerrechte. Nach dem Gesetz sind nur diejenigen Staatsbürger, die nachweisen können, daß sie oder ihre Vorfahren bereits vor dem 17. Juni 1940 Bürger Lettlands waren. Somit konnte nicht einmal die Hälfte der nationalen Minderheiten (vor allem Russen) diesen Titel erlangen. Auf Antrag und nach vielen sehr komplizierten Prüfungen und Auflagen kann die Staatsbürgerschaft verliehen werden, allerdings an keinen, der Mitglied der KPdSU oder ihr nahestehender Organisationen war. Gut 100 000 Personen haben also keinerlei Möglichkeit, zu lettischen Staatsbürgern aufzusteigen. Sie sind vieler Privilegien beraubt, z. B. auch des Rechts auf Arbeitslosenunterstützung.
Das Abscheulichste ist die Wiederherstellung der Legalität der Nazis, der sogenannten Lettischen Legion der SS. Der 16. März, an dem die „Legion“ erstmals gegen die Sowjetarmee eingesetzt wurde, wird offiziell als „Tag der Erinnerung an lettische Kriege“ begangen. Die Faschisten erhalten Pensionen - dagegen sind alle Vergünstigungen für Antifaschisten abgeschafft worden. Ehemalige Legionäre wurden mit der Medaille „Für besondere Verdienste“ ausgezeichnet, während man die traditionellen Treffen früherer Partisanen am 5. Juni verbot. Besonders empörend ist die Aburteilung des 77jährigen Wassili Kononow, der am 17. August 1998 verhaftet und am 21. Januar 2000 zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt wurde - angeblich wegen Mordes an neun unschuldigen Bürgern Lettlands. Als 18jähriger war Kononow 1941 zu den Partisanen gegangen. Gegen Kriegsende befehligte er eine Gruppe, die 14 Züge der Nazi-Okkupanten sprengte und viele weitere Kämpfe im Hinterland des Gegners führte. Von der Sowjetregierung erhielt er dafür die höchste Auszeichnung - den Leninorden.
Nach Zeugenberichten bestand im Dorf Malyje Baty eine Gruppe von Verrätern, die durch die Faschisten hervorragend ausgerüstet worden war. Am 29. April 1944 wurde diese Gruppe von einer 12köpfigen Partisaneneinheit umzingelt. Das Kommando der Partisanen in Lettland befahl, die Verräter zu vernichten. Den Auftrag dazu erhielt Kononow, der aus dem Nachbardorf stammte. Am 27. Mai 1944 wurden dann neun Kollaborateure im Kampf getötet. Jetzt erging das Gerichtsurteil gegen den Partisanenkommandeur. Mit ihm wurde ein Beispiel geschaffen, um praktisch jeden Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges in Lettland verurteilen zu können.
Aus: „Glasnost“ 20. 3. 2000, übernommen aus dem Organ der KP Griechenlands „Rizospastis“

Übersetzung: **Dr.-Ing. Peter Tichauer**

Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus (19)

Lenins Sozialismusvorstellungen/Teil 1 (1894-1917)

Lenins Vorstellungen über Sozialismus/Kommunismus - obwohl z. T. fast 100 Jahre alt - haben auch für die aktuelle Diskussion über dieses Thema ihre Bedeutung nicht verloren. Bis zur Oktoberrevolution gab es - außer den 70 Tagen der Parise Commune von 1871 - keine praktischen Sozialismuserfahrungen. Doch außer den Auffassungen der utopischen Sozialisten und Kommunisten existierte die Theorie - der von Marx und Engels ausgearbeitete wissenschaftliche Sozialismus als Schlußfolgerung aus der Analyse der Bewegungsgesetze des Kapitalismus der freien Konkurrenz des 19. Jahrhunderts.

Lenin entwickelte seine Sozialismusvorstellungen auf der Grundlage der Marx'schen Erkenntnisse unter den Bedingungen des sich um die Jahrhundertwende herausbildenden Systems des Imperialismus, des Heranreifens einer demokratischen Revolution in Rußland, revolutionär-demokratischen Massenbewegungen in Asien, insbesondere der bürgerlichen Revolution in China. Der Marx'sche Gedanke, daß sich der Kommunismus nur international, als „vereinigte Aktion" der Arbeiter wenigstens der am meisten entwickelten Länder verwirklichen läßt, erfuhr bei Lenin eine wesentliche Erweiterung auf die ganze Welt, unter Einbeziehung der Arbeiter auch ökonomisch schwächerer Länder, der Kolonien und Halbkolonien. „Die Zeiten, in denen die Sache der Demokratie und die Sache des Sozialismus nur mit Europa verknüpft waren, sind unwiderruflich dahin." (LW 21/345 f.) Dieser auch in anderen Arbeiten Lenins mehrfach geäußerte Gedanke richtete sich eindeutig gegen jedwede eurozentristische Sozialismusauffassung. Gleichzeitig schloß Lenin aufgrund der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande nicht aus.

In der Realisierung der allgemeinen Zielstellung des Kommunismus - Wiederherstellung des individuellen Eigentums auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an Grund und Boden sowie an den hauptsächlichsten Produktionsmitteln, Aufhebung der Klassen und damit der sozialen Ungleichheit der Individuen in ihrer Stellung zu den Produktions- und Zirkulationsmitteln - warnte Lenin vor einer Verwischung der Interessen der Arbeiterklasse mit denen anderer werktätiger Schichten, der Kleineigentümer und der übrigen kleinbürgerlichen Elemente. Nur die Arbeiterklasse sei am Sozialismus interessiert, die übrigen Klassen und Schichten suchten nur ihre Existenz innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft zu sichern. Die Kommunistische Partei (damals: SDAPR) stünde auch nicht an der Spitze der Befreiungsbewegung der „werktätigen und ausgebeuteten Massen", sondern nur an der Spitze der Arbeiterklasse. Wenn sich nichtproletarische Kräfte dem Proletariat anschlössen, so seien dies einzelne Elemente, aber keine Klassen. In diesem Zusammenhang äußerte Lenin einen bemerkenswerten Gedanken, den er später meines Wissens nicht mehr wiederholt hat: „Wüßten wir wirklich positiv, daß das Kleinbürgertum das Proletariat unterstützen wird, wenn das Proletariat seine, die proletarische Revolution vollbringt, so wäre es überflüssig, von 'Diktatur' zu reden, denn dann wäre uns vollauf eine so überwiegende Mehrheit gesichert, daß wir auch ohne Diktatur sehr gut auskämen ..." (LW 6/37)

Der Begriff des Klassenkampfes dürfe nicht durch den Begriff des „Kampfes aller werktätigen und ausgebeuteten Massen" ersetzt werden. Es sei eine „Grenze" zu ziehen zwischen dem Klassenkampf des Proletariats und dem Kampf (ist es ein Kampf?) anderer. „... kein Bündnis der Welt, selbst mit den ehrlichsten und entschlossensten revolutionären Demokraten, wird die Proletarier dazu bringen, ihr noch größeres und wichtigeres Ziel - den Kampf für den Sozialismus, für die restlose Vernichtung der Herrschaft des Kapitals, für die Befreiung aller Werktätigen von jeder Ausbeutung - zu vergessen." (LW 10/27 f.)

Bezüglich der Bestimmung des Inhalts der Diktatur des Proletariats konkretisierte Lenin die Marx'sche These vom „Zerbrechen" der alten Staatsmaschinerie. Lenin bezog sie nur auf die Repressivorgane des bürgerlichen Staates. Die wirtschaftsleitenden Institutionen sollten nicht zerstört, sondern erhalten und „umgemodelt", in den Dienst der proletarischen Staatsmacht gestellt werden. Im staatsmonopolistischen Kapitalismus sah Lenin die „vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare Vorstufe". (LW 25/369)

In einer wenig bekannten Arbeit „Ein Gespräch" zwischen zwei fiktiven Personen warnte Lenin vor intellektuell-opportunistischen Illusionen über die sozialistische Revolution. Es habe in der Welt noch nie einen Kampf um etwas Bedeutendes gegeben, „der keine unerfreulichen Formen angenommen hätte", es gebe keinen Kampf ohne Leidenschaft, und keine Leidenschaft ohne Extreme. Die Hauptziele des Kampfes um den Sozialismus seien kein „Engelsideal". Man dürfe diesen nicht in eine „süßliche Phrase, in zuckersüße Gefühlsduselei" verwandeln. Der Sozialismus sei kein fertiges System, mit dem man die Menschheit beglückt, sondern der Klassenkampf des Proletariats, der verschiedene Etappen durchläuft. (LW 19/26 f.)

Von methodologischer Bedeutung ist die Anwendung der Begriffe Sozialismus und Kommunismus bei Lenin. Er ging von Marx' Unterscheidung zwischen einer niederen oder ersten und einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft aus, für die sich die Begriffe Sozialismus und Kommunismus herausgebildet haben. Seit wann, bleibt offen. Bis dahin wurden diese Begriffe von Marx, Engels und Lenin als Synonyme verwandt, was in der heutigen Sozialismusdiskussion zu Irritationen beitragen mag. So meint Lenin in Arbeiten von 1905 und 1908, daß Sozialismus Aufhebung der Warenwirtschaft bedeute. Aus dem Kontext geht jedoch hervor, daß er von der kommunistischen Gesellschaft spricht, wenn er betont, daß in deren niederer Phase noch Klassen und Klassenkampf existieren. Aufhebung der Warenwirtschaft ohne Aufhebung der Klassen aber ist unmöglich.

In Randbemerkungen zu seinen Exzerpten zur Marx'schen „Kritik des Gothaer Programms" fügt Lenin den zwei Phasen von Marx noch eine dritte hinzu: I. lange Geburtswehen, II. erste Phase, III. höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft. Diese dreifache Untergliederung ist in der deutschsprachigen Ausgabe der Werke nicht enthalten. Unter Berücksichtigung der bisherigen internationalen Erfahrungen - nicht nur in Europa! - läßt diese Leninsche Überlegung den Schluß zu, daß sich der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus/Kommunismus in mehreren Übergangsphasen vollziehen dürfte.

Von größter Bedeutung bleiben die mehrfachen Hinweise Lenins über die „äußerst langwierige Periode" des Übergangs zum Sozialismus bis zum Absterben des Staates, der Diktatur des Proletariats. Kein Sozialist habe zugesichert, daß die „höhere Phase" des Kommunismus eintreten werde, niemand habe versprochen, sie „einzuführen". Welche Etappen noch durchlaufen, welche praktischen Maßnahmen ergriffen werden müssen, darüber solle man keine völlig überflüssigen Spekulationen anstellen. (LW 25/483 f.)

Ulrich Huar

Leseempfehlung:
Lenin: Staat und Revolution, Werke Bd. 25, S. 470-488

Reporterskizzen (23)

Appisets aus Karl-Marx-Stadt

In Zeitungen läuft so manches schief. Druckfehler und irritierende Begriffe schlüpfen tagtäglich durch das Netz der Kontrolle. Bisweilen steckt Absicht dahinter. Wie anno 1911 bei jenen durchweg sozialdemokratischen Setzern der preußenhofnahen „Vossischen Zeitung", die eines Tages das strenge Protokoll änderten, indem sie das amoralische Sätzchen in Blei faßten: „Seine Majestät, der Kronprinz haben gehurt..." Nach gründlichen Recherchen, bei denen kein Übeltäter gefunden wurde, folgte die Entschuldigung auf dem Fuße: „In unserer gestrigen Ausgabe hat sich ein bedauerlicher Fehler eingeschlichen. Es mußte natürlich heißen: Seine Majestät, der Kornprinz, haben geruht." Wieder erfolgten Nachforschungen, abermals wurde niemand überführt. Tags darauf die zweite Apologie: „Erneut hat sich...Es mußte natürlich heißen: Seine Majestät, der Knorrprinz, haben geruht." Ein drittes Ersuchen um Nachsicht des kaisertreuen Lesers schenkte sich die Redaktion.

Während späterer Zeitläufte wurde die Geschichte ernster und heiterer Errata fortgeschrieben. In den Jahrzehnten der DDR gab es so manchen Versuch des Gegners, gezielt Verwirrung zu stiften. So erhielt die Berliner DDR-Presse in den 50er Jahren die Anweisung, fremdsprachige Texte generell von den jeweiligen Botschaften autorisieren zu lassen, nachdem die „Nationalzeitung" 1954 einem vermeintlichen Anruf aus der albanischen Vertretung - er kam in Wirklichkeit von einem Exilalbaner aus Westberlin - aufgesessen war und eine rabiat gegen Tirana gerichtete „Freundschaftslosung zum 10. Jahrestag der Befreiung Albaniens" in der Landessprache veröffentlicht hatte. Die „Ostseezeitung" teilte ihren verblüfften Lesern eines Tages per Schlagzeile mit, auch „in Dessau" werde gestreikt, obwohl die Meldung einen Ausstand in Belgien betraf. Immer wieder brachte man „zufällig" ZK und KZ durcheinander. Etliche Male wurden die Namen von DDR-Politikern entstellt. In einer vierspaltigen Balkenüberschrift der „Schweriner Volkszeitung" vom 23./24. Juni 1979 traf sich „Erich Hocker"
mit Kultur- und Geistesschaffenden. Bei der „Weltbühnen"-Ausgabe vom 17. Juni 1980 wurde auf dem Umschlag des Heftchens - sicher nicht ohne Grund - die Jahreszahl „vergessen". Und bei der „Deutschen Lehrerzeitung „ verwechselte man am 19. Februar 1982 wohl nicht ungezielt die Titelungen zweier Beiträge auf Seite 1: Über dem Artikel zum 250. Geburtstag George Washingtons stand, „Höheres Anspruchsniveau", über dem Bericht von der Zentralen Direktorenkonferenz aber „Vom Ideal zum Verfall".

Natürlich hatte nicht alles einen solchen Hintergrund. Viele Selbsttore - das Ergebnis von Routine, Schlamp oder schlichten Denkfehlern - waren einfach spaßig. Den Vogel hat wohl „Neuer Tag", die damalige Bezirkszeitung von Frankfurt/Oder abgeschossen, die für eine im letzten Augenblick eintreffende Reportage von der SED-Kreisdelegiertenkonferenz in Seelow eine ganze Seite freigehalten hatte. Das Material wurde der Sekretärin in großer Eile angesagt. Sie schrieb angesichts des damaligen Materialmangels auf Makulatur und strich die schon benutzte Seite mit einem grünen Stift durch. Rechtzeitig bemerkte sie, aus Versehen auch die erste Manuskriptseite mit ungültig gemacht zu haben. Sie behob das, indem sie oben an den Rand schrieb: „Der grüne Strich hat nichts zu bedeuten". Der Setzer nahm das wörtlich. Am nächsten Morgen brachte der „Neue Tag" den großaufgemachten Beitrag unter der Schlagzeile: „Der Grüne Strich hat nichts zu bedeuten - Wir berichten von der Kreisdelegiertenkonferenz in Seelow".

Doch der Leser soll nicht etwa denken, ich wollte mich hier auf Kosten anderer Journale amüsieren, ohne vor der eigenen Haustür zu kehren. Auch das ND, bei dem ich bis zu seiner Umwandlung in ein linksbürgerliches Blatt fast 25 Jahre diente, kann wie jede Zeitung stolz auf seine Druckfehler und Stilblüten sein. Wir ernannten Erich Honekker zum „Generaldirektor" des ZK der SED, verwandelten den berühmten marxistischen Gelehrten Auguste Cornu - weil des Französischen nicht mächtig - anläßlich seines 90. Geburtstages in eine „Jubilarin" und schrieben in der Traueranzeige für einen Berliner Stadtrat, er sei „plötzlich und erwartet" verstorben. Wir ließen den DKP-Vorsitzenden Kurt Bachmann von der „Aufgabe der westdeutschen Linsen" sprechen, ehrten den erschossenen schwedischen Premier Olof Palme „im Beisein seiner Witze Lisbet", informierten über Rumäniens Neigung zu den „Bockfreien" und brachten einen Dialog zwischen Erich Honecker und dem mocambiquanischen Verteidigungsminister, wobei wir die Äußerungen der jeweils anderen Person zuordneten, sodaß der DDR-Staatsratsvorsitzende locker die Ziele Maputos verkündete, während sich der afrikanische Militär gerade auf den nächsten SED-Parteitag freute. „Daher ist die polnische Frage, wie Josef Stalin auf der Konferenz von Jalta feststellte, nicht nur eine Frage des Honorars", schrieb das ND am 29.7.1980, wobei es offenbar das lateinische Wort „honor" (Ehre) um zwei Buchstaben verlängerte. Wir würdigten den neuen DDR-Jugendgesetzentwurf, weil er „der Jugend weitergehende Rechte einsäumt", benannten die sozialistische Sparsamkeit treffend als „Schüsselproblem" unseres Landes, machten aus „Pflugeisen" kurzerhand „Flugreisen" und bezeichneten diese dann auch noch obendrein als „Zeugen aus ältester Vergangenheit". Werner Eberlein beförderten wir durch verstellte Zeilen zum „1. Sekretär der Bezirksleitung Abwasserbehandlung Magdeburg" und Willi Stoph auf die gleiche Weise zum „Vorsitzenden des Mini-Repräsentanten von Partei und Regierung". Große Perfektion erlangten wir beim Verwechseln von Satzsubjekten und -objekten: „Frische Gurken aus dem Spreewald verkaufen Spreewälderinnen in ihrer Tracht"; gaben wir uns ganz als Sprachpflegeinstitut. Einen besonderen Volltreffer landeten wir im Interview mit einem stellvertretenden KGB-Chef, den wir erklären ließen, der Feind gebe seine Versuche nicht auf, „den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus in unseren Ländern mit eingeschleusten Agenten, Provokateuren und Diversanten zu...stärken"(!!!). Schließlich blieb auch die große Frauenrechtlerin nicht von uns verschont. In der Rezension zu einem neuen Führer durch ihr Geburtshaus enthüllten wir gnadenlos: „Neu ist auch die Darstellung der Funktionen und Ehrenmänner, die Clara Zetkin international bekleidete."

Und dann ist da noch die Sache mit den „Appisets" - gewissermaßen die Krönung des Ganzen. Am 10. Juli 1968 erschien auf Seite 1 des ND, das damals noch ein Werkzeug beherzter und durch die Parteispitze ermutigter Kritik und Selbstkritik war, der von dem großartigen Franz Krahl geschriebene Leitartikel „Strukturpolitik und die Menschen". In ihm ging es scharf zur Sache. Nur mit dem ersten Satz kamen die Leser nicht zurecht: „Für ein bekanntes Karl-Marx-Städter Werk, das hier als Appiset für eine ganze Reihe von Betrieben gelten kann..." schmetterte das Zentralorgan. Ein Ausdruck aus unserem neuen Wirtschaftsvokabular? Etwas apart Französisches? In der Endfertigung der Zeitung rätselte man herum, wagte die Existenzberechtigung des unbekannten Begriffs jedoch nicht anzuzweifeln. Als dann der stellvertretende Chefredakteur Dr. Günther Kertzscher am späteren Abend herein- und den Schwindel durchschaute, ließ er sich sofort das Manuskript kommen. Dort stand anstelle des gestrichenen Wortes „Beispiel" (schließlich war es ein negativer Fall, der anderen nicht als Vorbild empfohlen werden sollte) mit der verwegenen Klaue des Autors geschrieben: „typisch". Der Setzer hielt es für „Appiset". Genosse Kertzscher konnte das Unheil für die 800 000 Exemplare der A-Ausgabe nicht mehr abwenden. Die Maschinen liefen schon seit Stunden... Am nächsten Morgen begab sich der Parteiapparat nicht nur im Karl-Marx-Städtischen an die Arbeit, um den geheimnisvollen Appisets auf die Spur zu kommen. In manche Rede mögen sie eingeflossen sein...

Ich hatte am Morgen des Appiset-Tages der „Für Dich" den ersten einer Reihe von Beiträgen zugesandt. Die Redakteurin riet mir wie die Westberliner „Wahrheit", wo ich bereits als Claude M. Stone herumgeisterte, zu einem Pseudonym. Bei einer Frauenzeitung entschied ich mich für eine feminine Variante. Fortan hieß ich dort Claudia Appiset. Später bekam die fiktive Dame noch einige männliche Kollegen: Eldridge R. Jackson, New York („horizont"), Stuart Allison, Los Angeles („Magazin") und Claudio Apedrejeiro, Lissabon („Weltbühne") befanden sich darunter. Doch das nur nebenbei.

Klaus Steiniger.

Am Rande bemerkt

❑ „Kurz vor seinem Tod bekräftigte **Wladimir Majakowski**, was er oft und entschieden bekannt hatte: er sei ‚ein Schriftsteller der Revolution', ‚Teilnehmer am laufenden Alltagsdasein und am sozialistischen Aufbau', und er wolle der Dichter derjenigen sein, die diesen Aufbau verwirklichen.
Das Werk dieses Dichters hat am Kampf um die Erneuerung der Welt teilgenommen, der für Majakowski schon vor der Revolution begann. Gegen eine Gesellschaft, die ihn ausstieß und zur Kapitulation zwingen wollte, rebellierte er mit Haß und Verachtung. ‚Majakowski', so schrieb Viktor Schklowski, ‚ging in die Revolution wie in ein Haus, das ihm gehörte.' Er brauchte sie und sagte von ihr: ‚Das ist meine Revolution.'
Seine Verse, Poeme und Stücke sind durch ihre biographische Authentizität im doppelten Sinn Dokumente einer großen Zeit: Sie bezeugen bedeutende Ereignisse in ihnen adäquaten neuen und bedeutenden Kunstformen. Diese Dichtung für den Tag und für die Zukunft ist in allen ihren Teilen das Aktionsprogramm eines Kommunisten: ‚Ich widme dir, attackierende Klasse, all meine klingende Dichterkraft ...' – nur unter dieser Voraussetzung war für Majakowski sozialistische Kunst denkbar. Er leitete aus seiner Bindung an die Arbeiterklasse und ihre Leninsche Partei seine Verantwortung als Dichter ab: Seine Arbeit war Teil der Parteiarbeit, sie mußte, um zu wirken, die Massen erreichen. Von da aus bestimmte er auch seinen Qualitätsanspruch."
Das schrieb Gerhard Schaumann vor 20 Jahren, am 14. April 1980, im ND – und wir drucken es nach anläßlich des 70. Todestags des Poeten des Großen Oktober, Wladimir Majakowski (geboren am 19. Juli 1893, gestorben am 14. April 1930).

❑ Eines der bekanntesten Poeme Majakowskis ist jenes, das er zum Tod Lenins 1924 schrieb. Lenins Geburtstag jährt sich am 22. April zum 130. Mal.

WLADIMIR ILJITSCH LENIN

Der Russischen Kommunistischen Partei gewidmet

Es ist Zeit –
von Lenin
zu sagen heb ich an.
Aber nicht,
weil Weh und Leid
vergangen wären;
es ist Zeit,
weil unser herber Gram
begann,
sich zum hell bewußten Schmerz
zu klären.
Zeit,
heb wieder
Lenins Losung in den Wirbelwind!
Sollten wir
an Tränenpfützen
trüb erschlaffen?
Lenin
ist heut lebender,
als die am Leben sind.
Er verleiht uns
Wissen, Kraft
und Waffen.

(Nachdichtung: Hugo Huppert)

Titel der russischen Ausgabe von 1969

❑ **Clara Zetkin** an Nadeshda Krupskaja:

Moskau, Hotel Metropol, Z. 205
d. 22. IV. 1932

Teuerste Nadeshda Konstantinowna, heute ist Lenins Geburtstag. Meine Gefühle und Gedanken sind beherrscht von stärkster, nie verlöschender Dankbarkeit für das Unvergängliche, das der überragende, große revolutionäre Führer und große, gütige Mensch dem Weltproletariat und uns allen gegeben hat, die wir für dessen Befreiung kämpfen. Nie will ich vergessen, wie viel und entscheidend Lenin mir persönlich durch sein Werk und seine Freundschaft vorwärtsgeholfen hat zu tieferer, klarerer Erkenntnis und folgerichtigem Handeln. Ich will mich nicht unterkriegen lassen durch die unheilbare Trauer, daß wir ihn so früh, viel zu früh verloren und daß er in diesen schwierigen geschichtlichen Stunden nicht unter uns ist. Theorie und Praxis waren ja bei Lenin nie starre Formeln, vielmehr lebendigstes, sich fortentwickelndes Leben, so daß er der Vorwärtsstürmende, Wegweisende sein konnte, ohne den festen, sicheren Boden unter den Füßen zu verlieren. Ich will mich durch die Freude stärken, daß Lenin war und was er durch Lehre und Beispiel war und wirkte ...
Liebe, liebe Nadeshda Konstantinowna, ich umarme Sie, die treue, nie versagende Lebens- und Kampfgenossin des Unsterblichen, in inniger, fester Verbundenheit und Freundschaft.
Ihre *Clara Zetkin*

❑ Erinnern möchte ich aber auch an den Schriftsteller und Politiker **Alfred Kurella**, der vor 105 Jahren, am 2. Mai 1895, geboren wurde (er starb am 12. Juni 1975). Kurella war 1919 als Vertreter der KPD einer der ersten deutschen Besucher bei Lenin (sein Buch „Unterwegs zu Lenin", 1967, wurde 1970 von Helmut Baierl und Jewgeni Gabrilowitsch verfilmt), 1920–24 war er Sekretär des Exekutivkomitees der Kommunistischen Jugend-Internationale, 1929–32 Leiter der Abteilung Agitprop im Internationalen Komitee des „Bundes der Freunde der Sowjetunion", Lehrer an der MASCH, Mitarbeiter der AIZ und der „Linkskurve". 1931 erschien sein Reportageband „Mussolini ohne Maske", 1934/35 persönlicher Referent von Dimitroff in Moskau, 1941/45 Oberredakteur in der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee, ab 1943 stellv. Chefredakteur der Zeitung „Freies Deutschland". Nach zahlreichen literarischen Arbeiten und Übersetzungen (u. a. der Schriften der russischen revolutionär-demokratischen Schriftsteller Herzen, Belinski, Tschernyschewski und Dobroljubow) kam er 1954 in die DDR und war dort maßgeblich an der Ausarbeitung der sozialistischen Kulturpolitik beteiligt. Ab 1958 war Kurella Mitglied des ZK der SED, Abgeordneter der Volkskammer, 1963 Vizepräsident der Akademie der Künste.
Über seine Jahre in Moskau (1935–46) veröffentlichte er 1947 das Buch „Ich lebe in Moskau" (das zu den ersten deutschsprachigen Sowjetunion-Büchern gehört, die nach dem Großen Vaterländischen Krieg und noch vor Gründung der DDR ein neues, realistisches Sowjetunion-Bild zu vermitteln suchten). Als streitbarer marxistischer Kulturpolitiker und Theoretiker erwies sich Kurella u. a. mit den Sammelbänden „Der Mensch als Schöpfer seiner selbst" (1958) und Das Eigene und das Fremde. Neue Beiträge zum sozialistischen Humanismus" (1968).

Unvergeßlich ist mir eine von Alfred Kurellas einfühlsamen Übersetzungen aus dem Russischen, in der ich auch heute noch immer wieder gerne lese: Konstantin Paustowskis „Die goldene Rose. Gedanken über die Arbeit des Schriftstellers", Dietz Verlag Berlin 1958.
W. M.

Briefe an „RotFuchs"

Vielen Dank für die Zusendung der Zeitung „RotFuchs" der Gruppe Berlin Nordost der Deutschen Kommunistischen Partei.
Ich bin 75 Jahre alt und gehöre seit April 1945 der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei an. Im Jahre 1994 habe ich mit mehreren Freunden den Tschechischen Grenzlandklub (KČP) gegründet. Wir unterhalten engen Kontakt zu deutschen Antifaschisten aus PDS und DKP. Jedes Jahr fahren wir im Januar zur Liebknecht-Luxemburg-Ehrung nach Berlin. Diesmal waren am 9. Januar mehr Polizisten als Demonstranten auf den Beinen. Angeblich gab es ja einen „Verrückten", der uns angreifen wollte. Aber an dieses Märchen glauben wir nicht. Der „Verrückte" wird übrigens inzwischen gar nicht mehr gesucht, interessant, nicht wahr? Den Kranz der tschechischen KP und des KČP aus Trutnov legten wir an dem kleinen Denkmal für Rosa Luxemburg auf dem Franz-Mehring-Platz nieder. Am 9. Januar haben wir viele Freunde getroffen. Antifa bleibt international.
Ja, den „RotFuchs" finden wir prima. Wir lesen ihn immer von A-Z und freuen uns jedesmal auf die Zusendung. Wir danken Euch sehr. Um uns zu revanchieren möchten wir aus dem Kreis der Genossen, die das für uns finanzieren, im Sommer gerne eine Familie auf ein paar Tage nach Trutnov zu uns einladen. Gebt uns bitte rechtzeitig Bescheid.
Alles erdenklich Gute für Euch, vor allem Gesundheit und Schaffenskraft auch im Interesse unserer gemeinsamen Sache. Es lebe die internationale Solidarität!
Bruno Fišer, Trutnov, ČR, Ehrenvorsitzender des Grenzlandklubs

In den letzten Monaten sind mir wiederholt Exemplare Eurer Zeitung „RotFuchs" als interessante Bildungslektüre von meinen Patienten überbracht worden. Ich habe sie mit großem Interesse gelesen, ja studiert. Meine Bewunderung gilt den Autoren, die m. E. sehr gute Beiträge für die Leser geboten haben. Mir gefällt der parteiliche Charakter. Hervorzuheben sind auch die leicht verständliche Sprache und die gute Darstellung logischer Zusammenhänge.
Einige Berichte und Kommentare haben mich zu einem eigenen Beitrag inspiriert, den ich Euch zur Beurteilung und Veröffentlichung anbieten möchte. Auch als Arzt muß ich auf die perverse und perfide Doppelmoral der Politiker und Militärs aufmerksam machen.
Ich bin parteilos, war aber bis 1989 Mitglied der SED.
MR Doz. Dr. sc. med. Erhard Thomas, Berlin

Bemerkung der Redaktion:
Wir veröffentlichen den Artikel des Genossen Dr. Thomas in unserer nächsten Ausgabe.

Bitte schickt uns ein Info-Paket des „RotFuchs". Wir bitten also um eine Sammlung einer Reihe von Ausgaben. Macht Euch keine Arbeit mit Anschreiben usw. Wir melden uns bestimmt noch einmal, wenn wir Euer Material durchgesehen haben.
Als Anhaltspunkt zu uns haben wir unsere letzten Jahres-Rundbriefe beigelegt. Schade, daß wir erst im Nachhinein von der Novembertagung der „offensiv" erfahren haben. Mich, den Unterzeichner, schmerzt es richtig, so ein Ereignis versäumt zu haben. Gut, daß es den Tagungsband gibt.
Michael Brühl, Bildungs- und Solidaritätswerk Anna Seghers e.V., Wiesbaden

Vielen Dank für die ständige Zusendung des RF. Ich habe mir meine marxistisch-leninistische Weltanschauung bewahrt. Es ist immer ein sehr gutes Gefühl, aus Euren Veröffentlichungen Bestätigung und die Gewißheit zu erlangen, daß sehr viele Genossinnen und Genossen ebenso denken, darunter solche bekannten und von mir sehr geachteten ständigen Mitarbeiter des RF, von denen ich eine Anzahl persönlich kenne.
Macht weiter so, wir an der Basis brauchen Euch!
Dr. Dr. Ernst Albrecht, Neubrandenburg

Lieber „RotFuchs"! Ein Genosse machte mich auf Dich aufmerksam. Mit seiner Hilfe erhielt ich die Januar- und Februar-Ausgaben. Mit großer Aufmerksamkeit und Lust habe ich sie gelesen. Mein Urteil? Du bist sehr informativ, bissig, die richtige Lektüre für alle, die sich nicht mit der uns übergestülpten Ordnung abfinden wollen und können. Ihnen gibst Du Kraft und Zuversicht für den Widerstand, den Kampf für eine Veränderung der Verhältnisse. Du stärkst den Stolz auf das, wofür es sich in der DDR einzutreten und mit aller Kraft zu arbeiten gelohnt hat. „RotFuchs", mach weiter so! Du wirst gebraucht.
Anbei eine kleine Spende für Deine Mühen.
Kurt Richter, Storkow/M.

Verehrte Genossen und Sympathisanten! Gestattet mir eine Bemerkung zum Leitartikel in der März-Ausgabe: Mit dem Vorwurf, der RF sei ein „Gralshüter", kann ich gut leben. Der Begriff ist doch nicht negativ besetzt. Ganz im Gegenteil: Zu ihren Zeiten genossen Gralshüter und -ritter beim Volk hohes Ansehen.
Man kann es auch anders ausdrücken: In diesem Gauner- und Abzockerstaat ist der „RotFuchs" für mich eine Art Leuchtfeuer in einer dunklen Zeit, die wir leider alle durchleben müssen.
Als Anlage ein paar Briefmarken.
Dieter Bartsch, Berlin

Was selten in den konservativen Zeitungen der BRD zu lesen ist, hat jetzt die Frauenbeauftragte der Stadt Nordhorn zustandegebracht. Am 8. März 2000 berichtete sie auf einer ganzen Seite der „Grafschafter Nachrichten" über den Lebensweg einer Kommunistin (Lisel Deymann, 81, langjährige Kreistagsabgeordnete und Stadtratsmitglied der DKP -d. R.)
Wir freuen uns über die Veröffentlichung.
Euer „RotFuchs" wird nach wie vor mit großem Interesse von etlichen Genossen hier gelesen. Das Wissen aller Mitwirkenden ist beeindruckend. Wir wünschen Euch weiter Kraft für Eure Arbeit.
Lisel und Heinz Deymann, Nordhorn

Die „RotFuchs"-Redaktion gratuliert Lisel herzlich zu dem fairen und freundlichen Artikel der „GN"!

Liebe Genossinnen und Genossen, bewußt behalte ich diese Anrede bei, weil ich mich Ihnen als Genosse verbunden fühle, obwohl ich seit 1991 keiner Partei mehr angehöre.
Der Rotfuchs - lat. vulpes vulpes, um an Henning Hagen (Nr. 25, S. 21) anzuknüpfen - mag zwar kein leichtes Geschick haben, aber ein recht geselliges Familienleben läßt er sich deswegen trotzdem nicht nehmen. Zumal er sich auch über mangelnden Nachwuchs nicht beklagen kann. Immerhin wirft ihm seine Füchsin jedes Jahr zwischen März und April ... 3-6 Junge in den Bau. Dieser nimmt mit der Zeit die Form einer echten Burg, eben einer Fuchsburg an. Sie hat mehrere Aus- und Eingänge sowie Vorrats-, Beobachtungs- und Wohnkessel. Und dort amüsieren sich vermutlich diese und jene Rotfüchse auch schon mal, wenn meinethalben „Frau Elster" mahnt: „Auf, sprach der Fuchs zum Hasen, hörst du nicht die Jäger blasen". Aber dank der Eingebung seiner Vorfahren hat unser „RotFuchs" bislang immer die Ruhe bewahren und die Spur halten können. Gerade Eure Nr. 26 bot dafür ein geradezu beflügelndes Beispiel. (...) Allein die Tatsache, in welchem Umfang und mit welchen unterschiedlichen Aussagen der März-"RotFuchs" das Meinungsspektrum füllte, bestätigt mich in meiner Entscheidung, meine Tinte vor allem in Richtung Berlin Alt-Stralau verspritzt zu haben. Auch wenn bis heute außerhalb der dortigen Redaktion nur ich davon weiß, weil das moderne ND so rigoros wie eigentlich immer den Mantel des Schweigens über nicht genehme Meinungen deckte.
Da im Heft 26 des RF aber Rudolf Janert Protest erhob gegen die hier und andernorts regelmäßig angebrachte Polemik wider die PDS und deren Zeitung „Neues Deutschland", möchte ich ihn einfach mal fragen, ob es wirklich im Dienste einer von ihm beschworenen „Front gegen die volksfeindlichen Kräfte von rechts" ist, stumme, unkritische Gefolgschaftstreue für einen zweifelhaften und andererseits offenbar über jeden Zweifel erhabenen „Vortrupp der neuen Demokratie" zu üben und eigenen Widerspruch gegen offensichtliche Ungereimtheiten „wegen der gemeinsamen Sache" zu unterdrücken. (...)
Als einer, der in der PDS ein nicht unwesentliches Mittel sieht, den wirklich in diesem Lande Herrschenden je nach Bedarf die Faust oder den Stinkefinger zu zeigen, bin ich von dem seit Monaten angestrebten „Imagewechsel" der PDS einigermaßen geschüttelt worden. (...) Die „Gralshüter" und „Tempelwächter" an der Spree schrecken seit Januar vollends davor zurück, meine kritischen Leserbriefe zu veröffentlichen. (...)
Es tut mir leid, lieber Rudolf Janert, aber den „Mantel der Nächstenliebe" über die dem RF-Leser bekannten Äußerungen von Roland Claus und anderen zu decken und vielleicht noch wie der treusorgende ND-Freundeskreis zu erklären: „In politische Fragen mischen wir uns nicht ein!", würde ja aus dieser Zeitung noch schneller den berühmten Dackel machen, den man zur Jagd tragen muß. Wobei das ND sowieso schon viel zu oft den Schwanz einzieht, was man vom „RotFuchs" erfreulicherweise nicht behaupten kann. Im Gegenteil: Der hält sein Prachtstück auch schon mal vor manche Flinte.
Torsten Preußing, Berlin

In letzter Zeit mehren sich die zweifelnden Stimmen auch im Deutschen Bundestag, ob der „Hufeisenplan" der serbischen Streitkräfte, der die angebliche Vertreibung der Kosovo-Albaner vor dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien zum Ziel gehabt haben soll, überhaupt existiert hat. Man bedenke, der „Hufeisenplan" bildet den Hauptanklagepunkt gegen Slobodan Milosević beim Den Haager Kriegsverbrechertribunal!
Dazu folgendes bemerkenswerte Detail: Hufeisenplan heißt auf serbisch Potkovica, auf kroatisch Potkova. Er wurde jedoch nur unter dem Namen Potkova bekannt.
Ist es nicht merkwürdig, daß eine serbische Aktion unter kroatischem Namen stattgefunden haben soll? Peinlich, peinlich, wenn Geheimdiensten solche simplen Fehler unterlaufen!
Brigitte Queck, Potsdam

Liebe Redaktion, der „RotFuchs" wird von uns weiteren interessierten Lesern zur Verfü-

gung gestellt. Möge es den Herausgebern auch in Zukunft gelingen, die Zeitung am Leben zu erhalten.
Anbei in solidarischer Verbundenheit auch im Auftrag weiterer Freunde des „RotFuchs" eine kleine Unterstützung.
Mit herzlichen Grüßen
Werner Walde, Kurt Winter, Cottbus

Zu Michael Bries Apologetik des „modernen" und gar „zivilisatorischen" gegenwärtigen Kapitalismus fällt mir spontan ein Hinweis ein, den Prof. Dieter Narr 1990 in einer Diskussion gab: Selbstverständlich wird nach der Niederlage des Sozialismus der Kapitalismus brutaler werden. Er wird wieder sein wahres Wesen zeigen. (...) Schließlich bekommen wir tagtäglich demonstriert, daß das Recht nach wie vor der zum Gesetz erhobene Wille der herrschenden Klasse ist. Kohl und Baulöwe Schneider bleiben genauso unbehelligt (oder werden mit Bagatellstrafen „belangt") wie die Schuldigen für das Morden im Kosovo, während DDR-Grenzsoldaten, Offiziere und Politiker, die 45 Jahre dafür standen, daß von deutschem Boden kein Krieg ausgeht, verurteilt werden - übrigens auch Dieter Narr, weil er für die Einhaltung des Grundgesetzes kämpfte.
Dr. Fritz Welsch, Berlin

In der ZDF-Spezial-Sendung von Ruprecht Eser am 26. 3. 2000 war Sachsens Ministerpräsident Prof. Dr. Kurt Biedenkopf zu Gast. Man bemühte sich, den „Spendenskandal" der „großen Volkspartei" CDU kleinzureden. Die neue Mannschaft mit Trümmerfrau Dr. Angela Merkel werde es schon richten, wollte man suggerieren. Herr Eser bemühte sich zum Abschluß des Gesprächs, Biedenkopf eine gute Vorlage zu liefern. So zitierte er einen sehr bekannten Vers: „Laßt uns pflügen, laßt uns bauen, lernt und schafft wie nie zuvor, und der eignen Kraft vertrauend steigt ein frei Geschlecht empor." Auf Esers Frage, ob man diese Worte auf die CDU beziehen könne, bejahte Biedenkopf. Ob er denn auch wisse, von wem sie stammten, fragte der Gesprächsleiter. „König Kurt" zeigte sich gänzlich unbeleckt. Eser, sicher genauso überrascht wie das Fernsehpublikum, belehrte Biedenkopf daraufhin, die Dichtung sei von Johannes R. Becher und einer Strophe der DDR-Nationalhymne entlehnt. So hatte der CDU-Politiker also unwissentlich der vielgeschmähten „Becher-Hymne" zugestimmt.
Karl-Heinz Reinhardt, Leipzig

In der Bundesrepublik
gibt es manches starke Stück:
Law and Order sollen gelten,
aber leider äußerst selten
und nur für den kleinen Mann,
weil der sich nicht wehren kann.
Soll der ruhig Wasser saufen,
während Volks-Vertreter raufen:

Bimbes, Spenden und Diäten.
Wer mag dieses Unkraut jäten?
Unmoral, sie schießt ins Kraut
und damit's das Volk verdaut
wird die „Freiheit" hochgelobt.
Doch in den Kulissen tobt
hin und her Millionen-Deal.
Immerfort geht dieses Spiel.
Gibst du mir, so geb ich dir
alles, was du willst, dafür.
Auch wenn es zum Himmel stinkt
Geld tut's nicht, wenn man uns linkt.
Ist das Ding auch mehr als krumm
macht den Untertan man dumm:
Ehrenwort und kein Gedächtnis.
DAS ist Politikvermächtnis
in der Bimbesrepublik.

Ist das nicht ein starkes Stück?

Joachim Loeb, Berlin

Liebe Genossinnen und Genossen des „RotFuchs", gleichzeitig senden wir Euch den Betrag von DM 80 und bitten Euch, umseitig aufgeführte Freunde und Genossen aus unserer Gegend (es handelt sich um 26 Namen und Adressen - d. R.) mit den nächsten zwei „RotFuchs"-Ausgaben zu beliefern. Hierbei haben wir die Hoffnung, daß einige Euer Blatt abonnieren werden. Wir kündigen allen die Zeitung vorher an.
Von der Jahreshauptversammlung unserer DKP-Wohngebietsgruppe wünschen wir Euch weiterhin viel Erfolg. Wir freuen uns jedesmal über Eure kritischen Analysen.
Mit herzlichem Rot Front
i. A. Ursula und Herbert Weis, Schopfheim

Der Leserbrief von Genossen Willi Gerns in der März-Ausgabe des „RotFuchs" ist mir Veranlassung, mich zu Wort zu melden. Ich will hier nicht näher auf das Verhältnis westdeutscher Kommunisten zur DDR eingehen. Sicher muß man die Dinge sehr differenziert betrachten. Viele DKP-Genossen standen stets treu an unserer Seite. Und auch wir haben der DKP zu DDR-Zeiten unsere Solidarität nie versagt. Leider gibt es heute auch Genossen im Osten, die inzwischen ein gebrochenes Verhältnis zur DDR haben. (...)
In den Zeilen von Willi Gerns gelangt m. E. eines klar zum Ausdruck: Seine ablehnende Haltung gegenüber dem „RotFuchs". Diese Zeitung kommt aber bei uns in „den neuen Ländern" und keineswegs nur dort sehr gut an, weit besser als manche andere DKP-Publikation. Die Angriffe auf den „RotFuchs" provozieren m. E. geradezu solche Gedanken, wie sie Genosse Hammer in seinem Leserbrief (Januar-Ausgabe) formuliert hat. In Kreisen des DKP-Parteivorstandes wird der „RotFuchs" leider und ohne jeden begreifbaren Grund beinahe als „parteioppositionell" abqualifiziert. Das sind wohl eher persönliche Meinungen einiger Genossen. Mich beleidigt das. Ich würde gerne einmal konkret wissen, wodurch der „RotFuchs" ein solches Prädikat verdient hat.
Jürgen Thiele, Berlin

In der UZ vom 24. März und im „RotFuchs" Nr. 26 las ich die Beiträge des Genossen Dr. Robert Steigerwald. Einiges von dem, was da vermittelt werden soll, reizt mich zum Widerspruch. (...) Es kann doch wohl unter Kommunisten nicht normal sein, die KPD praktisch zu verdammen, weil sie u. a. interessante Schriften von Nina Andrejewna, Kurt Gossweiler und Ludo Martens druckt und verbreitet. Sich ehrlich und sachlich mit den Argumenten auseinanderzusetzen, wäre eine andere Sache. Es sind nicht nur die Genannten, welche den XX. Parteitag der KPdSU einen Putsch nennen. Die Zahl derer, die das aus historischer Sicht auch so betrachten, wächst. Nach dem Tode Stalins wäre es erforderlich gewesen, umgehend einen Parteitag einzuberufen. Das muß wohl nicht besonders begründet werden. Aber was geschah? Drei Jahre gingen ins Land, ehe der XX. Parteitag stattfand. Chruschtschow (...) benötigte diese Zeit, um ihn vor allem personell und ideologisch „vorzubereiten". Hinzu kommt, daß er seine „Geheimrede" unter Umgehung des ZK und seines Präsidiums mit Hilfe von Pospelow und Schepilow ausgearbeitet hatte, bevor er sie als nicht geplante „Sonderzugabe" vortrug. War das alles kein Putsch? (...)
In dem UZ-Artikel heißt es: „Die DKP hat den Unbegriff Stalinismus abgelehnt ...". Danke, Genosse Steigerwald. Diese gute Entscheidung wird aber doch geschmälert, wenn ansonsten die gleichen und ähnliche „Argumente" benutzt werden, die aus dem Lager der offenen oder verdeckten Antikommunisten, zu denen auch Renegaten aus der kommunistischen Bewegung gehören, bekannt sind. Weit davon entfernt, behaupten zu wollen, Stalin sei ein Heiliger gewesen, er habe sich nie geirrt und keine Fehler begangen, sollte doch anerkannt werden, was geschichtsnotorisch feststeht: Mit Stalin an der Spitze der KPdSU (B) und des Sowjetstaates wurden in der UdSSR gewaltige Schritte hin zum Sozialismus/Kommunismus getan. (...)
Anton Kaute, Strausberg

Glück auf! Mit herzlichem Dank hab ich den „RotFuchs" erhalten. Auch bin ich im Besitz der Broschüre „50 Jahre DDR - Für Sozialismus und Frieden - Konferenz zur Verteidigung des revolutionären Erbes" am 20./21.11.99. Beides habe ich aufmerksam gelesen und studiert. Es wird uns in unserer Aufklärungsarbeit sehr helfen. (...) Solche Schriften unterstützen uns an der Basis. Ich verzichte hier auf weitere Ausführungen. Mein aufrichtiger Dank gilt allen Genossinnen und Genossen, die unerschrocken den Marxismus-Leninismus in seiner Wahrhaftigkeit verteidigen. Wir werden aktiv mithelfen und jede Möglichkeit nutzen, die Aufklärungsarbeit voranzubringen. Bin kein Freund von Wortgeprassel, deshalb alles kurz und bündig. 1949 bis 1959 war ich in Zwickau hauptamtlicher Parteisekretär, erst beim Konsum, dann in der Gießerei „Fackel". Daher kenne ich Walter Florath vom „Karl-Liebknecht-Werk", Prof. Dr. Dr. Fred Müller, damals Parteiorganisator des ZK im „Sachsenringwerk" und heute noch mein Lehrmeister, Freund und Kampfgefährte. 1959 wurde ich aus gesundheitlichen Gründen in den Bezirk Halle versetzt. Dort leitete ich das Internationale Jugenderholungszentrum „Hanno Günther" in Eckartsberga, Kreis Naumburg, in dem sich junge Menschen aus der DDR und vielen Ländern aus Ost und West trafen. Damals war Dieter Itzerott, der jetzt im „RotFuchs" schreibt, 1. Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Halle. Ich habe gerade mit ihm telefonisch gesprochen. Es ist Balsam für meine Seele, mit unbeugsamen Genossen aus alten, unvergeßlichen Zeiten in Verbindung zu stehen. Wir alle werden bis zur unvermeidlichen Löffelabgabe immer miteinander verbunden sein.
Mit freundschaftlichen Grüßen und Rot Front
Herbert Lindner, Eckartsberga

Auch wenn wir Dr. E. J. Langrock gerne bescheinigen wollen, daß er die Situation der späten 80er Jahre sehr realistisch geschildert hat, finden wir seine Schlußfolgerung, man könne die Ereignisse vom Dezember 1989 nicht als Parteiputsch bezeichnen, weil (im Sinne Maos) seitdem noch keine 200 Jahre vergangen sind, recht abwegig. Die Fakten sprechen eindeutig dafür, daß der „Sonderparteitag" der SED/PDS im krassen Widerspruch zum Parteistatut stand. Was damals geschah, war in unseren Augen keine „Improvisation", sondern die vorsätzliche Zerstörung der Partei, die bis heute fortgesetzt wird. Wir selbst waren in jener Zeit noch keine SED-Mitglieder, verstanden uns aber schon als „parteilose Kommunisten". (...) Übrigens gefiel uns der Bericht über die gemeinsame Leserkonferenz von fünf linken Zeitungen in Nr. 26 besonders gut. Auch die Inhalte, die dort angesprochen wurden. Wir hoffen, daß solche Zusammenkünfte keine Eintagsfliege bleiben, sondern zu einer ständigen Tradition werden.
Rosi und Wolfgang Nicolas, Brandshagen

Jeder neue „RotFuchs" ist tatsächlich immer wieder der beste. Deshalb beiliegend einmal mehr etwas „Futter" zum weiteren „Aufladen". Im Artikel über die Wahlberichtsversammlung der Gruppe Nordost der DKP (Nr. 25) hat uns besonders gefreut, daß dort dafür plädiert wurde, das Verhältnis zur KPD zu verbessern. (...) DKP oder KPD - für Kommunisten können letztlich nur klare marxistisch-leninistische Grundpositionen ausschlaggebend sein. In diesem Zusammenhang können wir die theoretischen Schriften von Hans-Günter Szalkiewicz nur empfehlen.
Bruni Steiniger hat unsere volle Zustimmung, wenn sie auf der Wahlberichtsversammlung der DKP Nordost zum Ausdruck brachte, daß die Stärke einer Partei vor allem von ihrer ideologischen Verfassung abhängt.
Anny und Alfred Wagner, Berlin

Fred Müller hat mir mit seinem Artikel im RF Nr.26 aus der Seele gesprochen. Hatte ich doch schon während des Anschauens von „Schindlers Liste" ein ungutes Gefühl: Da wird ein überzeugter Nazi und Opportunist zum Widerständler hochstilisiert. Schüler wurden massenweise in diesen Film geführt, vom Besuch der Wehrmachtsausstellung wurden sie abgehalten, man untersagte es sogar, diese während der Schulzeit zu besuchen. Warum das alles? Meine Antwort: Die Version vom „guten Nazi" wird gebraucht in einer Zeit, in der ein Guido Knopp die faschistischen Verbrechen einzig und allein auf ein paar Figuren um Hitler reduzieren und die Bevölkerung als verführte Mitläufer, wenn nicht als Opfer darstellen will. Jörg Haider, der rassistische Populist, geht noch einen Schritt weiter, wenn er „nicht alles schlecht" findet, was dieser „Führer" einst tat; aber das hört man im Westen ohnehin seit 1945 an den Stammtischen und in Altherrenbünden. Ohne die kriminelle Grundstruktur des Kapitalismus zu begreifen, ruft man schnell nach einem starken Mann: „Damals war Ordnung, Gewalt bei der Jugend, Kriminalität auf der Straße gab es nicht!" Es paßt alles ins Bild: Oskar Schindler als Entlastung großer und kleiner Nazis. Entschädigung für so großzügig gerettete Juden? Und der gefräßige deutsche Adler streckt längst wieder seine Krallen nach Osten aus. Spätestens seit 1990 hat er dabei offenbar auch Erfolg.
Dr. Eva Ruppert, Bad Homburg

Vielen Dank für den „RotFuchs" Nr. 26, der wieder „Spitze" ist. Heute erneut eine kleine Hilfe für das Überleben des „schlauen Tieres". Eine Bitte: Falls es möglich ist und Euer Vorrat reicht, schickt doch bitte ein Exemplar auch an meine Tochter ... in Chemnitz ... Ich grüße Euch ganz herzlich und wünsche Euch allen Gesundheit, Kraft und weiterhin viel Erfolg mit dem „RotFuchs".
Herzliche Kampfesgrüße an die Genossen der Gruppe Nordost!
Dr. sc. Sigmar Eßbach, Berlin

(...) Die Passage des früheren Messehauses „Specks Hof" in Leipzig wird von der daneben angesiedelten Connewitzer Buch- und Verlagsbuchhandlung für Auslagen genutzt. Dort war auch der Titel des linken Autors Manfred Bofinger „Der kleine Nazi" ausgestellt. Eine Gruppe von Schülern ging daran vorbei und geriet in helles Entzücken. Wohl keineswegs, weil es sich hier um ein antifaschistisches Buch handelt, sondern weil sie sich selbst in dem Titel (Vorderseite: Ein „Kid" neben zerbrochenen Eierschalen, das seine Rechte steil zum Hitlergruß emporreckt) wiedererkannte. Dabei trugen die jungen Leute keine „Glatzen"-Frisur, sondern sahen eher durchschnittlich aus. Der Vorfall verdeutlichte mir, wie weit die Anfälligkeit unserer Jugend für nazistisches „Gedankengut" bereits gediehen ist.
Gerhard Moest, Leipzig

(...) Natürlich kann ich als Rentner auch nicht aus dem „Vollen" schöpfen, aber für den „RotFuchs", den ich für ein ausgezeichnetes Mittel halte, konsequent linkes Erbe - und zwar in seiner umfassenden Bedeutung (d. h. Marxismus-Leninismus) - zu vermitteln und so das geistige „Pulver" für Nachfolgende trockenzuhalten, habe ich immer etwas übrig. (...)
Günther Ellguth, Potsdam

Ein Hamburger Genosse hat am 18.März Geburtstag. Für ein wertvolles Geschenk halte ich ein Jahresabo des „RotFuchs". Nachdem er ihn seit zwei Jahren in Kopie mitliest, ist es nun an der Zeit, daß er ihn direkt zugeschickt bekommt. Seine Adresse lautet ... Anbei eine Briefmarkenspende.
Ghassem Niknafs, Hamburg

(...) Der „RotFuchs"-Beitrag über den „großen Sohn" der Landeshauptstadt Schwerin Dr. Ludwig Bölkow, erinnerte mich daran, daß auch unsere Stadt Ahrensburg in dem Archäologen Alfred Rust einen einzigen „Ehrenbürger" besitzt. Er trat, wie sich unlängst herausstellte, freiwillig der Waffen-SS bei und gehörte der Himmler unterstellten NS-Organisation „Ahnenerbe" an. Wie das „Stormarner Tageblatt" berichtete, wurde dieser Sachverhalt unter Mitwirkung von Historikern „aus der ehemaligen DDR", die an der hiesigen Geschichtsaufarbeitung mitwirken, ermittelt.
Ich bin gespannt, wie das Landesamt für Archäologie und die Stadtverwaltung mit diesem nun erkannten Erbe umgehen werden.
Günther Trost, Ahrensburg

Besonderen Dank an Genossen Willi Opitz für die Antwort auf meine Frage zur Agententätigkeit des Ost-Büros der SPD in Nr. 26 des RF.
(...) Zur Lage in der PDS: Wenn Gysi sich von den „dogmatischen Linken" trennen will - wie weit ist da der Weg zu einer faktischen Vereinigung mit der SPD? Ich bin davon überzeugt, daß viele PDS-Genossen diese Gefahr noch nicht erkennen. (...) Aufgrund seiner klugen Reden findet Gysi immer noch großen Anklang bei PDS-Mitgliedern und Wählern, besonders in der früheren DDR und z. T. auch im Westen. Doch seine Abkehr vom Klassenkampf, seine Haltung zu den Fragen von Macht und Eigentum führen ihn unweigerlich zu Bernstein und Kautsky zurück. Schließlich war auch Gorbatschow am Anfang sehr populär, bis sich sein wahres Wesen herausstellte. (...) Nach meiner Ansicht sollten sich in der weiteren Perspektive alle Kräfte, die auf dem Boden wirklich marxistisch-leninistischer Vorstellungen stehen, zu einer einheitlichen kommunistischen Partei in Deutschland zusammenschließen.
Günter Bauch, Fraureuth

Das ND brachte am 5. April unkommentiert eine Erklärung von Innenminister Schily über die Zunahme des Neofaschismus gerade im Osten. Er unterstellt, „daß die zweifache Erfahrung mit diktatorischen und totalitären Regimes hier ihre Spuren hinterlassen" habe. So einfach funktioniert die Gleichsetzung eines Staates, der die Lehren aus der Vergangenheit gezogen hat, mit dem Hitler-Reich. Diktatur des Proletariats ist demnach gleich faschistische Diktatur mit Völkermord, Krieg und KZ. Gleichzeitig wird im Westen aber oft bemängelt, die DDR habe den Antifaschismus „verordnet", was die BRD natürlich niemals tun würde.
Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf

Solidarität verstärken!

Die Zahl der politischen Gefangenen hat sich weiter erhöht. Bitte schreibt auch folgenden Genossen:
Günter Leo, drei Jahre, drei Monate Haft
Werner Michael, drei Jahre Haft (beide in der JVA Hakenfelde, Niederneuendorfer Allee 140-159, 13587 Berlin)
Heinz Geschke, drei Jahre Haft (JVA Anton-Saefkow-Allee 22 F, 14772 Brandenburg a. d. Havel)

Die Haftdauer für Genossen **Bernhard Geier** beträgt zwei Jahre, sechs Monate. Genosse **Karl-Heinz Knoche** hat seine vierjährige Haft noch nicht angetreten. Wir bitten die Fehler in RF Nr. 26 zu entschuldigen.

Herzliche Glückwünsche

Am **28. April** feiert Genosse Oberst a. D. **Frank Mühlefeldt**, Mitglied der Bezirksschiedskommission der DKP Berlin, seinen **70.** Geburtstag. Der studierte Ökonom hat sich zu DDR-Zeiten u. a. als Angehöriger der Nationalen Volksarmee große Verdienste um den Arbeiter- und Bauernstaat erworben. Im Kollektiv der DKP-Gruppe Nordost und in der „RotFuchs"-Redaktion, für die er regelmäßig aus dem Leben unserer Parteigruppe berichtet, trägt Frank durch menschliche Wärme, Bescheidenheit, große Sachkenntnis und marxistisch-leninistische Prinzipienfestigkeit zur Stärkung unserer Reihen aktiv bei.
Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

Herzlich gratulieren die DKP Nordost und der „RotFuchs" dem standhaften Antifaschisten und Verteidiger der DDR, Genossen Generalleutnant a. D. **Harald Ludwig**, der am **30. April** in der JVA Hakenfelde seinen **70.** Geburtstag begeht.

Wir sind reich an Geburtstagskindern! Eine kommunistische Umarmung für **Erika, Kled, Hartwig, Norbert** und **Renate**.
Gruppenvorstand und Redaktion

Neuer Buchtitel im RuhrEcho-Verlag erschienen

Günter Gleising: Heinz Renner - eine politische Biografie, Bochum 2000. 264 Seiten, ca. 100 Abbildungen, zwei Tabellen, Preis 29 DM, ISBN 3-931999-02-5

Heinz Renner - ein herausragender Kommunist aus dem Ruhrgebiet - war schon vor 1933 KPD-Stadtverordneter in Essen und nach dem Krieg Oberbürgermeister der Industriestadt. Er gehörte den ersten NRW-Landesregierungen als Minister an, war Mitglied des Parlamentarischen Rates und einer von 15 KPD-Abgeordneten im 1. Deutschen Bundestag.

Termine & Veranstaltungen

Am **30. April 2000** um **19.00** Uhr findet im Blauen Salon des alten ND-Gebäudes am Franz-Mehring-Platz die **Internationale Mai-Feier** des Marx-Engels-Clubs der DKP Berlin statt. Zahlreiche ausländische Teilnehmer werden erwartet.
Kurzansprache: **Rolf Berthold**, ehemaliger Botschafter der DDR in der VR China
Filmbeitrag zum 25. Jahrestag des Sieges des vietnamesischen Volkes
Internationale Speisen und Getränke

Die DKP Nordost lädt Mitglieder, Freunde und Sympathisanten zu einer **Diskussionsveranstaltung** mit **Dr. Manfred Sohn**, Mitglied des Parteivorstandes der DKP, am Freitag, dem **26. Mai 2000**, um **19.00** Uhr in den Blauen Salon ein.
Thema: **Zum aktuellen Stand der Parteidebatte**

Als Delegierte zum Parteitag gewählt
Auf der Bezirksmitgliederversammlung am 12. März 2000 wurden die Mitglieder der Gruppe Nordost Dr. Annemarie Mühlefeldt, stellv. Bezirksvorsitzende der Berliner DKP, und Prof. Dr. Hans Fischer, Mitglied des Bezirksvorstandes, zu Delegierten des 15. Parteitages der DKP, der vom 2.-4. Juni 2000 in Duisburg stattfindet, gewählt.

Kämpferischen Gruß allen Freunden und Genossen zum 1. Mai!

Impressum

Herausgeber: DKP Berlin-Nordost
Redakteur (ViSdP): Dr. Klaus Steiniger, Teterower Ring 37, 12619 Berlin, Tel. (030) 56 13 404
Layout: K. Uwe Langer

Ständige Mitarbeiter: Lena und Kurt Andrä, Eberhard Bock, Matthias Bublitz, Wolfgang Clausner, Dr. sc. Gerhard Feldbauer, Arno Fleischer, Walter Florath, Heinz Herresbach, Werner Hoppe, Prof. Dr. Ulrich Huar, Dieter Itzerott, Monika Kauf, Gerda Klabuhn, Prof. Dr. Eike Kopf, Wolfgang Metzger, Dr. Annemarie Mühlefeldt, Frank Mühlefeldt, Armin Neumann, Dr. Norbert Pauligk, Rainer Rupp, SHAHAR, Harry Schmitt †, Karl-Eduard v. Schnitzler, Dr. Hartwig Strohschein, Dr. Hans-Günter Szalkiewicz, Herbert Thomas, Dr. Ing. Peter Tichauer, Rolf Vellay

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.